

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 9.

Sonnabend, den 2. März 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Ein Appell an die Baubehörden. — Sammlungspolitik der Unternehmer. — Wahlkreis-Einteilung. — Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet. — Die sächsische Zuchtshausvorlage. — Aus dem Schwarzwälder Granitgebiet. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Licht und Schatten. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Bauunternehmeranmeldung. — Ortslohn nach der Reichsversicherungsordnung. — Ein Scharfmacherurteil über die Gewerkschafter im Reichstag. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Von der Entwicklung des Bauwesens. II.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperriert sind: Kappelrodt: Grabsteingeschäft R. Eid. — Mehle-Osterwald: Meine & Illemann. — Deheln (Baden): Firma Minner. — Lichtenberg bei Berlin: Mühlensteinfabrik Goldammer. — Hannover: A. Wegener, Herrenhausen, für Marmorarbeiter.

Hauzenberg (Niederbayern). Bei der Firma Schuller sind sämtliche Kollegen wegen Kündigung des Tarifes ausgesperriert worden.

Gera. Der Streik bei Firma Korb & Töpelmann dauert fort. Die Kollegen werden ersucht, Gera unbedingt zu meiden. (Siehe Bericht.)

Kirchberg. Mit der Firma Wolf ist eine Vereinbarung erzielt. Die Entlohnung erfolgt jetzt nach dem Kirchberger Tarif. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Osterholz. Für die hiesigen Brecher wurde die Lohnbewegung beendet. Die Stundenlöhne erhöhen sich ab 1. April 1912 von 36 auf 38 Pfg. und ab 1. April 1913 auf 39 Pfg. Auch wurde der Akkord beim Zellenbrechen pro Kubikmeter erhöht.

Sauhamholz bei Nürnberg. Der Steinbruchunternehmer Bed will nicht mehr nach dem vereinbarten Tarif bezahlen. Neun Brecher und zwei Hilfsarbeiter legten deshalb die Arbeit nieder. Der Betriebsinhaber mag deshalb seine Steine allein brechen.

Munfingen. Bei der Bayerischen Granit-Aktien-Gesellschaft sind wegen Einführung des Akkords Differenzen ausgebrochen.

Wellerode. Die Firma Siele sperrierte circa 90 Steinarbeiter aus. Zugang nach Wattenbach und Wellerode bei Kassel ist streng fernzuhalten. Ein Teil der Kollegen ist anderweitig untergebracht.

Zinnhain. Die Basaltarbeiter der Firma „Westerwald-Brüche“ haben wegen Lohndifferenzen ihre Kündigung eingereicht.

Schweiz. Nach St. Margrethen ist Zugang streng fernzuhalten. Die aus der Rheinpfalz zugezogenen Streikbrecher üben ihr schändliches Gewerbe immer noch aus.

In Oesterreich-Ungarn sind gesperriert: Oplotitz (Granitwerk Ceslaf), Budapest (Melocco, Walla), Temesvar (Georg Kupfer), Esseg (Firma Hendrich).

Ein Appell an die Baubehörden.

„Das Submissionswesen vermag, je nach der Art seiner Regelung, zu einer Verschlechterung oder zu einer Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse beizutragen. Seitdem man dieses erkannt hat, ist es das ständige Bemühen der Arbeiterklasse gewesen, dem Submissionswesen eine solche Gestalt zu geben, daß es im Sinne der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, jedenfalls nicht im Sinne eines Druckes auf die Arbeitsbedingungen, wirken soll.“

Der Staat und die Gemeinden sind die größten Arbeitgeber in einer Volkswirtschaft.“

Es ist den deutschen Steinindustriellen wiederholt amtlich attestiert worden, daß sie in sozialpolitischer Beziehung recht rückständig sind. Besonders sind es die Herren Hartsteinwerksbesitzer, die sich mit ihren Arbeitern über Lohn- und andre berufliche Fragen absolut nicht verständigen wollen. Reichen die Kollegen der Hartsteinwerke in Gommern im Wurzner Gebiet, im Westerwald, im Aggertal usw. Tarifvorlagen ein, so werden dieselben strikte abgelehnt. Die sadenstimmigsten Gründe werden gegenüber den Arbeitern vorgebracht und der Herrenstandpunkt wird genügend hervorgehoben. Die Hartsteinindustriellen liefern vorwiegend für staatliche, provinciale und kommunale Bauverwaltungen, und schon aus diesem Grunde hätten sie eine bestimmte moralische Verpflichtung, sich mit ihren Arbeitern in Lohnfragen zu einigen. Aber solche moralische Selbstverständlichkeiten existieren für die Unternehmer nicht im geringsten. Um nun diesem arbeiterfeindlichen Gebaren jener Herren wirksam entgegenzutreten zu können, hat unsere

Verbandsleitung soeben eine Denkschrift, betitelt: „Warum schließen die Hartsteinindustriellen keine Tarifverträge ab?“ herausgegeben, die den wichtigsten deutschen Baubehörden und verschiedenen Ministerien zugestellt wird. — In der Einleitung der Denkschrift, welche die Forderungen der Kollegen programmatisch zusammenfaßt, heißt es:

Die deutsche Steinindustrie hat sich in den letzten Jahren glänzend entwickelt. Mit der Ausdehnung derselben aber hat die soziale Lage der Arbeiter eine Besserung von Bedeutung nicht erfahren. Besonders in der Hartsteinindustrie hat das sogenannte wilde Akkordsystem noch eine weite Verbreitung, und Lohnfälschungen sind an der Tagesordnung. Die Unfallgefahren sind im Steigen begriffen, und die gesundheitlichen Verhältnisse der Steinarbeiter sind überaus ungünstig. Die Arbeitergesetzbestimmungen werden unternehmerseitig in der größtmöglichen Weise umgangen, wie das aus den amtlichen Berichten deutlich hervorgeht. Die Hartsteinindustriellen, besonders die Pflastersteinbruch- und Schotterwerkbefitzer, weigern sich mit großer Hartnäckigkeit, mit ihren Arbeitern Tarifverträge abzuschließen. Wenn im heutigen Wirtschaftsleben eine solche Anschauung schon den Stempel der sozialen Rückständigkeit trägt, so ist das Gebaren der Hartsteinindustriellen noch um so verwunderlicher, weil sie alljährlich von den

staatlichen, provincialen und kommunalen Baubehörden für Millionen und abermalen Millionen Mark Aufträge erhalten.

Dadurch, daß die Hartsteinindustriellen zum überwiegenden Teile für die diversen Baubehörden liefern, erwacht ihnen die Pflicht um so mehr, die Betriebsbedingungen völlig einwandlos zu gestalten und sich mit den Arbeitern bezüglich der Lohnfragen zu einigen und besonders das Einverständnis zu geben, Tarifverträge zum Abschluß zu bringen. Die Hartsteinindustriellen schließen anscheinend deshalb keinen Tarif ab, weil ihnen die behördlichen Aufträge absolut sicher sind und weil sie darauf reflektieren, daß ihnen bei wirtschaftlichen Kämpfen die Lieferungsstermine mühelos verlängert werden.

Die Hartsteinindustriellen haben in einigen Gebieten, um die Arbeiter unterjochen können, Prämienysteme und förmliche Sperrmaßregeln durchgeführt. Dadurch ist es dem einzelnen Arbeiter beinahe unmöglich, seine Arbeitsstelle wechseln zu können. Er ist auf Jahre hinaus dem Unternehmer bedingungslos ausgeliefert.

Wir richten deshalb an die Baubehörden das höfliche Ersuchen, bei der Vergabe von Steinlieferungen nachstehende Thesen gefälligst berücksichtigen zu wollen:

1. Die Uebertragung öffentlicher Aufträge erfolgt nur an solche Firmen, deren Betriebsbedingungen den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1909, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien, und den Unfallverhütungsvorschriften sowie den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.
2. Bevorzugt bei den Lieferungen werden nur solche Firmen, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitern durch Tarifverträge geregelt sind.
3. Firmen, die in bezug auf die Arbeitszeit, den Arbeitslohn und die Behandlung ihrer Arbeiter unbillig halten, sind von den Lieferungen auszuschließen. Insbesondere werden Firmen, die der Koalierung ihrer Arbeiter Schwierigkeiten machen und das sogenannte Sperrsystem eingeführt haben, bei der Vergabe von Lieferungen nicht berücksichtigt.
4. Eine Weitervergabe der übernommenen Arbeiten an Unterakkordanten ist unstatthaft.
5. Verstöße gegen vorstehende Bestimmungen sowie Umgehung bestehender Tarifverträge berechtigen zur sofortigen Entziehung der übertragenen Aufträge.
6. Die Hartsteinindustriellen sind verpflichtet, bei der Ausführung der von den Behörden zuerteilten Aufträgen in erster Linie reichsdeutsche Arbeiter zu beschäftigen.
7. Bei wirtschaftlichen Kämpfen (Streiks und Aussperrungen) ist den Herren Industriellen eine Verlängerung der Lieferungsfristen nicht zuzubilligen.

Ausdrücklich sei bemerkt, daß wir von den Baubehörden nicht im entferntesten verlangen, daß sie sich etwa über die zu vereinbarenden Höhe der Lohnsätze in den Tarifverträgen einmischen sollen. Wir wollen nur, daß die Steinindustriellen dazu angehalten werden, Tarifverträge mit den Arbeitern abzuschließen. Die Arbeiter geben sich der angenehmen Hoffnung hin, daß behördlicherseits auf die Steinindustriellen in dem Sinne, wie es die Leitsätze besagen, nachdrücklich eingewirkt wird. — Wir sind der Meinung, daß sich die von uns gewünschten Maßnahmen vom volkstümlichen, sozialen und kommunalen Standpunkt aus sehr wohl rechtfertigen lassen. — Die Steinindustriellen könnten den Wünschen der Arbeiter um so eher nachkommen, als sie bei der Ausführung von Aufträgen für die Baubehörden absolut kein finanzielles Risiko haben.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß das Vorgehen der Verbandsleitung von Erfolg gekrönt sein wird. Unsere Genossen in den Stadtverordnetenräten und in den Bauausschüssen werden sich unserer Sache ebenfalls annehmen. So kann es ja nun nicht weitergehen, daß die Hartsteinindustriellen von den Behörden bloß ohne weiteres gewaltige Aufträge erhalten, dabei in finanzieller Hinsicht glänzende Geschäfte machen und ihren Arbeitern gegenüber recht rückständig sind. Wir haben festgestellt, daß 39 deutsche Städte in den Jahren 1909/1911 die enorme Summe von 11 717 027 Mark für Steinlieferungen ausgegeben haben. Dieser gewaltige Betrag wurde vorwiegend für Schotter- und Pflastersteinmaterialien verbraucht. — Es ist taurig genug, daß sich bisher die Baubehörden nicht kümmerten, wie miserabel die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Steinindustrie sind.

Und die Unternehmer haben es in raffinierter Weise verstanden, ihre eigene Lage als ungünstig hinzustellen. In ihrer Fachpresse ist das in jedem Heft nachzulesen. — Die

großen Firmen in der Hartsteinindustrie florieren, wie die nachstehende Dividendenrubrik ausweist:

	Aktienkapital Mk.	1908	1909	1910
Basalt-Aktiengesellschaft in Binz a. Rh.	6000000	5	5	6
Mitteldeutsche Hartsteinindustrie, A.-G., in Steinau.	1400000	8	5 1/2	5
Bayerische Hartsteinindustrie, A.-G., in Würzburg.	1200000	14	11	11
Erste bayerische Basaltstein-Aktien-Gesellschaft in Bayreuth.	400000	15	?	12
Bayerische Granit-A.-G. in Regensburg	1000000	6	7	7
Bergisch-Mark. Steinindustrie in Köln	1800000	5	5	7
Odenwälder Hartsteinindustrie, A.-G., in Darmstadt.	1400000	7	7	7
Hohburger Porphyrrwerke in Rönitz (Bezirk Leipzig)	1900000	8	8	8

Die aufgeführten Aktiengesellschaften produzieren meist Pflastersteine, Rosafit, Karschlag usw.

Und daß die übrigen großen Hartsteinwerke, die nicht eine unpersonliche Aktiengesellschaft darstellen, ebenfalls Riesengewinne abwerfen, ist bekannt. Wir verweisen bloß auf die rentablen Betriebe in der Lausitz, dann auf die in den Bezirken Lauban, Striegau, Jauer, Strehlen, desgleichen auf die großen Basaltwerke in Hessen, Hesse-Kassau, Unter- und Oberfranken. Als im vorigen Jahre die schlechtbezahlten Pflastersteinarbeiter in Gommern (Bezirk Magdeburg) eine minimale Lohnerhöhung forderten, wurden sie höhnisch abgewiesen. Es kam zum Streik, und mehr wie 500 Kollegen waren gezwungen, abzuwandern. Dabei ist das Arbeiten in den dortigen Grauwade-Steinbrüchen mit ungeheuren gesundheitlichen Gefahren verbunden. Im Jahre 1910 kamen nämlich auf 1000 Arbeiter der dortigen Grauwadeindustrie 448 Erkrankungsfälle.

Das sei den Herren Hartsteinindustriellen gesagt, daß der Zentralverband deutscher Steinarbeiter alles aufbietet wird, um die Baubehörden günstig für die Forderung der Arbeiter zu stimmen.

Und wie das „wilde Akkordsystem“ in der Steinindustrie wirkt, das kommt drastisch im Geschäftsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft zum Ausdruck, in welchem es heißt:

Danach ergibt sich zwingend, daß noch andre Momente in Betracht kommen, auf die — neben der Zunahme der Zahl der versicherten Personen — die ständige Zunahme der Unfälle zurückzuführen ist. Dahin gehört in erster Linie die fortschreitende Intensivität der Arbeitsleistung, die namentlich in der Akkordarbeit ihren Ausdruck findet. Das Bestreben, einen höheren Akkordlohn zu erzielen, veranlaßt den Arbeiter vielfach, in vorrücksichtswidriger oder doch unvorsichtiger Weise zu arbeiten, wodurch die Unfallgefahr für ihn selbst wie auch für seine Mitarbeiter vergrößert wird.

Die Intensivität der Akkordarbeit führt weiter zu Ueberstunden, in denen die Arbeiter infolge Anspannung den Betriebsgefahren um so leichter zum Opfer fallen, ferner zum Einstellen ungelernter und ungeübter Arbeiter, die mit den Betriebsgefahren nicht vertraut sind und die damit in neue ungewohnte Verhältnisse kommen, in denen sie vor Unfällen nicht so sicher sind wie in den früheren, altgewohnten; besonders gilt dies auch für den Steinbruchbetrieb, bei dem es oft wesentlich auf die genauere Kenntnis der Gesteinsverhältnisse ankommt.

Und im preussischen Gewerbeinspektionsbericht heißt es: An der in Steinbrüchen und Gräbereien angetroffenen oft unglücklich leichtfertigen Arbeitsweise dürfte der in ihnen übliche Akkordlohn vielfach schuld sein. Dann werden häufig und schnell große Mengen Steine zu gewinnen und dadurch mehr Geld zu verdienen, ganze Wände unterhöhlt und zum Einsturz gebracht. Es würde deshalb im Interesse der Unfallverhütung liegen, wenn die

Akkordarbeit in den Steinbrüchen ganz untersagt würde.

Damit ist dokumentarisch der Beweis erbracht, wie verwerflich die Akkordschufterei in der Steinindustrie für Leben und Gesundheit der Arbeiter ist.

Schwere Kämpfe hat unser Verband schon geführt, um die Tarifbewegung zu fördern. In der Sandsteinindustrie, in den Granitfelsereien, in der Marmorbranche haben wir auch ansehnliche Erfolge zu verzeichnen. Aber mit recht wenig Erfolgen waren unsere Bemühungen in den Schotter- und Pflastersteinwerken gekrönt. Wer mit den Herren Hartsteinindustriellen eine Verständigung erzielen will, der muß mit ihnen fraktionieren. Meistens sind es Großkapitalisten, welche nur das eigene „Ich“, also den gepickten Geldbeutel kennen. Wir müssen auf die Baubehörden unablässig einwirken, und durch unsere Gemeindevorsteher die aufgestellten Leitsätze vertreten lassen. Schon die nächsten Monate werden zeigen, daß unser Vorgehen nicht erfolglos war.

Sammlungspolitik der Unternehmer.

Es liegt im Wesen des Klassenkampfes, daß er die miteinander ringenden Klassen in steigendem Umfang mobilisiert, bis sich schließlich beide Fronten bis auf die letzten Reihen vervollständigt haben. Darin liegt nichts Geheimnisvolles, sondern lediglich die Wirkung des Interessengegensatzes zwischen den Arbeitern als Besitzern der Arbeitskraft und den Unternehmern als Ausbeutern der Arbeitskraft. Beide Kämpfen miteinander um ihren Anteil am Arbeitsertrag und beide bemühen sich, durch Steigerung ihrer Stoh- und Widerstandskraft das Ergebnis des Kampfes zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Keine von den beiden Parteien will ruhen; jede ist stets und ständig auf Vermehrung und Vervollkommen ihrer

* Zitiert aus: Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergabe öffentlicher Arbeiten, insbesondere in deutschen Städten. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt.

Stiftungen bedacht, jede will sich günstiger Kampfspositionen gegenüber dem Gegner verschaffen. Jeder Erfolg der einen Seite muß den Stützpunkten der anderen erhöhen, und dieser Eifer muß ebenso wieder auf die andere Seite ansetzend zurückwirken.

Das diese Anschauung völlig richtig ist, hat Genosse Winnig, leitender Redakteur des „Grundstein“, in seiner vorzüglichen Schrift: „Der große Kampf im deutschen Baugewerbe 1910“, in zutreffender Weise auseinandergesetzt. Auf Seite 227 schreibt er:

... Die zentralen Kämpfe der Arbeiter und Unternehmer eines einzelnen Gewerbes bilden noch nicht den Endpunkt in der Steigerung des Klassenkampfes. Das Unternehmertum wird nach einer weiteren Vergrößerung der Kämpfe drängen. Es wird anstreben, daß mehrere, möglichst alle Gewerbe zu gleicher Zeit die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen haben, und daß also ein etwaiger Kampf möglichst alle Gewerbe umfaßt. ... Das eröffnet die Aussicht auf Kämpfe von gar nicht absehender Größe.

Wir haben erst kürzlich aus dem Protokoll des Verbandes der Steinmetzmeister und Steinbruchbesitzer nachgewiesen, daß diese Herren Anschluß in taktischer Beziehung bei den Unternehmerverbänden des Baugewerbes suchen. Herr Paetsche-Breslau meinte allerdings, momentan seien die Dinge in der Steinindustrie zu einem solchen Vorgehen noch nicht reif, aber auch er ließ durchblicken, daß ein solcher Anschluß propagiert werden müsse. Nun haben sich in den verschiedensten Berufen des Baugewerbes in den letzten Monaten im Unternehmerlager organisatorisch bestimmte Bestrebungen bemerkbar gemacht, die für uns nicht ohne Interesse sind.

Im Herbst vorigen Jahres ging einmal eine kurze Notiz durch die Presse, daß am 10. Dezember in Berlin eine wichtige Zusammenkunft von Führern mehrerer baugewerblicher Unternehmerverbände stattfände. Mit welchen Dingen sich diese Konferenz beschäftigen sollte, wußte man nicht. Die Konferenz hat jedoch wirklich am dem bezeichneten Tage stattgefunden; natürlich haben die Herren streng geheim beraten. Sie haben auch ihr Geheimnis sehr gut gewahrt, so daß man über den Charakter und Verlauf der Zusammenkunft nichts Genaues sagen kann. Die Geheimnisträumerei ging sogar so weit, daß man noch nicht einmal ein Protokoll herstellen ließ. Inzwischen sind jedoch mehr als acht Wochen ins Land gegangen. Die Teilnehmer an jener Beratung haben den übrigen über den Hergang berichtet, und so sichert dann allmählich die Wahrheit durch.

Diese Konferenz ist für die weitere Entwicklung der Dinge im Baugewerbe von erheblicher Bedeutung. Es nahmen an ihr Vertreter folgender Unternehmerverbände teil: Verband selbständiger Bildhauer, Stukkateure und Gipser, Zentralverband der Stukkateure, Gipser und Kerpelmeister Deutschlands, Sitz Karlsruhe, Rheinisch-Westfälischer Stukkateurenverband, Sitz Düsseldorf, Arbeitgeberverband für das Stein-, Zement- und Plasterergewerbe, Verband für das Töpfer- und Ofenheimgewerbe, Verband der Dachdeckermeister, die Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Verband selbständiger Installateure und Klempner und Arbeitgeberverband für das Plattengewerbe, Sitz Leipzig. Als Gäste waren noch Vertreter von einigen ausländischen Unternehmerorganisationen anwesend, solche aus Österreich, Schweden und der Schweiz. (Im Bericht ist allerdings nichts enthalten, daß der Steinmetzmeisterverband auch vertreten war.) Die eigentliche Anregung dazu war von dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe ausgegangen, dessen Vorsitzender dann auch die Verhandlungen leitete. Im Kern handelt es sich um eine Annäherung aller dieser Unternehmergruppen mit dem ausgesprochenen Zweck, eine einheitliche Tarifpolitik zu treiben und etwaige Kämpfe gemeinsam zu führen. Als Ideal schwebt den Herren eine einheitliche Organisation aller zum Baugewerbe gehörenden Unternehmer vor, etwa eine Angliederung an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Aber da sich dem zurzeit noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so will man sich vorläufig mit Separatverträgen und Kartellverträgen behelfen.

Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme einer Resolution, worin ausgesprochen sein soll, alle Unternehmerverbände des Baugewerbes zusammenzuschließen zum Zwecke gemeinsamer Regelung der Arbeitsbedingungen. Als erste Stufe des gemeinsamen Vorgehens soll die Festlegung gleicher Ablauftermine der Tarifverträge ins Auge gefaßt worden sein. Der genaue Wortlaut der Resolution sollte erst später durch eine besondere Kommission festgestellt werden. Vielleicht erfahren wir ihn auch bald. Aber ob der nun so oder so ausfallen oder ausgefallen sein wird — fest steht, daß dies die Absicht der Unternehmer ist.

Die Steinarbeiter werden ohne weiteres selbst den Schluß ziehen können, daß sich auch der Steinmetzmeisterverband taktischerweise völlig den Maßnahmen des Bauunternehmertums unterordnen wird.

Wahlkreis-Einteilung.

Zu den Delegiertenwahlen des Münchener Verbandstags wird nachstehende Wahlkreis-Einteilung bekannt gegeben:

1. Wahlkreis: Berlin. 2 Delegierte.
2. Wahlkreis: Brandenburg, Bismarck, Frankfurt a. O., Königsberg, Posen, Posen, Stettin, Wolgast. 1 Delegierter.
3. Wahlkreis: Barthau I und II, Bunzlau, Deutmannsdorf, Godebau, Kahn, Liegnitz, Löwenberg, Wenig-Radwitz. 1 Delegierter.
4. Wahlkreis: Beuthen, Breslau, Dürrarnsdorf, Mittelsteine, Müders, Waldenburg, Wünschelburg. 1 Delegierter.
5. Wahlkreis: Strehlen. 1 Delegierter.
6. Wahlkreis: Näscht. 1 Delegierter.
7. Wahlkreis: Striegau. 3 Delegierte.
8. Wahlkreis: Perischnitz, Jannowitz, Oberpeilau, Ströbel. 1 Delegierter.
9. Wahlkreis: Arnsdorf, Görlitz, Rauban, Sebnitz, Spitz. 1 Delegierter.
10. Wahlkreis: Baugen, Göllich, Rindisch. 1 Delegierter.
11. Wahlkreis: Bischofswerda, Cunewalde, Oberbach, Hauswalde. 1 Delegierter.
12. Wahlkreis: Demitz-Thumitz. 2 Delegierte.
13. Wahlkreis: Löbau. 1 Delegierter.
14. Wahlkreis: Kamenz, Königsbrunn, Mittweida. 1 Delegierter.
15. Wahlkreis: Dresden-Pirna. 4 Delegierte.
16. Wahlkreis: Aue, Chemnitz, Oberlungwitz, Böhlitz, Greiz, Plauen, Mies, Weichselburg, Zwida, Hohenleuben. 1 Delegierter.
17. Wahlkreis: Kirchberg, Freuen, Meißner I und II. 1 Delegierter.
18. Wahlkreis: Altschönau, Döhlen, Halle, Böhlen. 1 Delegierter.
19. Wahlkreis: Kurzen, Oschatz. 1 Delegierter.
20. Wahlkreis: Röditz, Falkenhain. 1 Delegierter.
21. Wahlkreis: Peucha. 1 Delegierter.
22. Wahlkreis: Grimma, Gera, Froburg. 1 Delegierter.
23. Wahlkreis: Leipzig, Raumburg, Nebra, Jena, Ehringsdorf, Rudolstadt, Gahma, Saalburg. 1 Delegierter.
24. Wahlkreis: Grawinkel, Eisenach, Erfurt, Götting, Langensalza, Mühlhausen, Oberdorf, Schmalkalden. 1 Delegierter.
25. Wahlkreis: Altleben. 1 Delegierter.
26. Wahlkreis: Dornberg-Weimar. 1 Delegierter.
27. Wahlkreis: Ebersdorf, Gommern, Königslutter, Magdeburg. 2 Delegierte.
28. Wahlkreis: Kassel, Doof, Einbeck, Carlshagen, Eiterhagen, Haffelrode, Verbach, Wellerode, Weiserode, Wildemann, Wolfshagen. 1 Delegierter.
29. Wahlkreis: Hamburg I und II, Kiel, Lübeck, Lüneburg. 1 Delegierter.
30. Wahlkreis: Bremen, Hannover, Herford, Porta, Oldenburg, Osterholz, Scharnhorst, Walsdorf. 1 Delegierter.
31. Wahlkreis: Braunschweig, Bremke, Blantenburg, Eichershausen, Göttingen, Gildesheim, Korb, Halberstadt, Hohenberg, Langelsheim, Lutter, Negenborn, Osterwald, Reiffenhausen, Springe, Uxje. 1 Delegierter.

32. Wahlkreis: Bochum, Blombach, Dortmund, Gelsenkirchen, Herdecke, Kurferdreh, Mühlheim, Münster, Sprockhövel, Schüren, Witten, Wülfrath. 1 Delegierter.
33. Wahlkreis: Krefeld, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Oberfeld, Remscheid. 1 Delegierter.
34. Wahlkreis: Beck, Brück, Bonn, Köln I und II, Zimhain. 1 Delegierter.
35. Wahlkreis: Rottenheim, Magdeburg, Niedermendig, Obermendig. 1 Delegierter.
36. Wahlkreis: Alendorf, Balduinstein, Kesselbach, Ortenberg, Schuppach, Wehr, Frankfurt a. M., Offenbach. 1 Delegierter.
37. Wahlkreis: Breitenborn, Höchst a. M., Höchst i. D., Mainz, Obermürlen, Reinsheim, Wiesbaden. 1 Delegierter.
38. Wahlkreis: Bensheim, Darmstadt, Hensbach, Heppenheim, Kirchhain, Reichenbach, Zwingenberg. 1 Delegierter.
39. Wahlkreis: Altleiningen, Dürkheim, Eberbach, Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim, Neustadt, Rimbach, Speyer, Worms, Weibach. 1 Delegierter.
40. Wahlkreis: Alsenz, Kaiserslautern, Kreuznach, Metz, Oberstein, Pirmasens, Rammelsbach, St. Johann, Zweibrücken. 1 Delegierter.
41. Wahlkreis: Kolmar, Mühlhausen i. E., Straßburg. 1 Delegierter.
42. Wahlkreis: Andlau, Gebweiler, Geberschweiler, Döhlen, Erstein, Fagenau, Radweiler, Volkstberg, Güttschenbach, Rappeltob, Friburg, Seebach, Neufaj. 1 Delegierter.
43. Wahlkreis: Emmendingen, Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Offenburg, Stuttgart. 1 Delegierter.
44. Wahlkreis: Durlach, Rühlbach, Maulbronn, Oberrhein, Forstheim, Sternfeld, Sulzfeld. 1 Delegierter.
45. Wahlkreis: Heilbronn, Crailsheim, Neuenstein, Göppingen, Renningen, Hall, Ulm, Nöben. 1 Delegierter.
46. Wahlkreis: Mümmelbach, Fürstentum, Gauenberg, Büchelberg, Neuhaus. 1 Delegierter.
47. Wahlkreis: Blaubeurg, Edenstetten, Metten, Mattenberg, Rindheim, Ruhmannsfelden. 1 Delegierter.
48. Wahlkreis: Augsburg, Floss, Flossenbürg, Sagerberg, Kelheim, Nordendorf, Regensburg, Kobbach. 1 Delegierter.
49. Wahlkreis: Alßing, Bruckmühl, Kiefersfelden, München. 1 Delegierter.
50. Wahlkreis: Kirchengamitz, Mgramstreu, Weissenstadt. 1 Delegierter.
51. Wahlkreis: Bayreuth, Bernau, Gefrees, Darrkuthen, Neusorg, Tröhan, Zell. 1 Delegierter.
52. Wahlkreis: Kaiserhammer, Mühlberg, Niederlamitz, Selb, Seuffen. 1 Delegierter.
53. Wahlkreis: Bebergrün, Hof, Schwarzenbach, Selbitz, Sparneck, Lunzfeld. 1 Delegierter.
54. Wahlkreis: Langensfeld, Rangenathheim, Nürnberg, Roth a. E., Treuchtlingen. 1 Delegierter.
55. Wahlkreis: Gohmannsdorf, Fridenhausen, Marktbreit, Nordlingen, Ochsenfurt, Rothenburg o. T., Schopfloch, Sommerhausen, Winterhausen. 1 Delegierter.
56. Wahlkreis: Eibelsbach, Göffenheim, Heibingsfeld, Randersacker, Kottenbaur, Würzburg. 1 Delegierter.
57. Wahlkreis: Grünfeld, Kirchheim, Kleinrindersfeld. 1 Delegierter.
58. Wahlkreis: Amorbach, Burgstadt, Eichenbühl, Gardsheim, Goppingen, Großheubach, Gailbach, Kleinheubach, Miltenberg, Obernburg, Röllfeld, Wallbörn. 1 Delegierter.
59. Wahlkreis: Dietenhahn, Faulbach, Fehrenbach, Heigenbrücken, Kumbach, Neubrunn, Mondfeld, Upphar, Keitershausen, Stadtprozelten, Wertheim. 1 Delegierter.
60. Wahlkreis: Bamberg, Eckartshausen, Jybsen, Kitzberg, Schraudenbach, Ziegelanger. 1 Delegierter.
61. Wahlkreis: Sasenthal, Koburg, Kronach, Münnerstadt, Steinach. 1 Delegierter.

Der Verband bildet im ganzen 61 Wahlkreise, in welchen 60 Delegierte zu wählen sind. Bei der Einteilung sind die Gausgrenzen sowie die Zusammengehörigkeit der Drie nach Branchen, so weit es möglich war, berücksichtigt worden.

Vorschläge der Kandidaten zum Verbandstag.
Die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag hat bis zum 4. April zu geschehen. Die Namen der Kandidaten sowie der Wahlkreis, für welchen sie in Vorschlag gebracht werden, sind bis zum 6. April an den Zentralvorstand einzusenden, damit sie in der Nummer vom 13. April veröffentlicht werden können.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Bei der Bedeutung der Kohलगewinnung des Ruhrgebietes für das deutsche Wirtschaftsleben und für den Weltmarkt ist die jetzt brennende Streitfrage von allgemeinem Interesse. Im Jahre 1910 wurden in Deutschland 152881509 Tonnen Steinkohlen gefördert, davon allein im Ruhrgebiet 86865000 Tonnen im Werte von 849204000 Mark. Diese Zahlen lassen die Bedeutung des Ruhrgebietes erkennen. Niemand wünscht nun, daß hier eine Störung vorkommt. Das ist verständlich. Wenn sie aber dennoch vorkommt, dann ist es nicht die Schuld der „aufgehetzten“ Arbeitermassen, oder der „heerischen“ Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten. Die Gründe liegen tiefer. Seit Jahren hat sich hier schon ein unerträglich bitterer Groll angehäuft.

Während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1905 wurden gesetzliche Maßnahmen in Vorschlag gebracht, die das Bergarbeiterlos mildern sollten. Es geschah nicht viel. Wohl kamen 29 Landtagsabgeordnete, also 29 „Auserwählte“ des preussischen Volkes, um die Beschwerden der Bergarbeiter an Ort und Stelle zu prüfen, ins Ruhrgebiet. Nach zwei Tagen, mit einem Bild „zur Erinnerung an ihr Bergmannsleben“ beladen, dampften die „Volksvertreter“ wieder ab. Sie hatten die „Erkenntnis“ gewonnen, daß es doch ein Landarbeiter schwerer habe, als ein westfälischer Bergmann.

Diesen Leuten war die Regierungsvorlage zur Abänderung des preussischen Berggesetzes anvertraut. Das wenig Gute, was die Regierungsvorlage bot, wurde von ihnen vernichtet; die Regierung unterwarf sich dem Machtwort der hohen Herren. Und die Scharmacher höhnten in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung: „Ob jetzt die Regierung die Vorlage noch als die ihre anerkennt? Ob der Vogel ihr nicht allzusehr gerupft ist?“ — Aber o nein! — Die Regierung nahm den gerupften Vogel hin. Ueber dieses verhängte Berggesetz fällt selbst Der Bergnappe das Urteil, daß man den Bergleuten „Steine statt Brot“ gegeben habe. Aber etwas wurde doch beseitigt: das berüchtigte „Kullen“ wurde verboten. Es darf seit 1905 nicht mehr „genullt“, sondern nur noch bestraft werden. Wie diese „Wohltat“ wirkt, davon später.

Im Jahre 1906 trat die preussische „Volksvertretung“ wieder in Aktion für die Bergarbeiter. Sie änderte die gesetzlichen Bestimmungen, die das Knappschaftswesen regeln. Hierbei wurde den Berginvaliden die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit zum Knappschaftsältesten

genommen! Dann wurde früher an die Berginvaliden losen sie nach Kinder unter 14 Jahren hatten, ein Kindergeld (Erziehungsbeförderung) von je 3.20 Mk. gezahlt. Auf das wurde bei der Aenderung des Knappschaftsgesetzes verzichtet. Durch die Aenderung des Knappschaftsgesetzes mußte für den Bochumer Knappschaftsverein, dem sämtliche Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks Dortmund angehören, ein neues Statut geschaffen werden. Die Bergarbeiter stellten zu dem Statutentwurf durch ihre Knappschaftsältesten eine Anzahl Abänderungsanträge. Die Unternehmer im Knappschaftsverein ließen sich aber auf nichts ein. Als der 1. Januar 1908 herankam, war kein neues Knappschaftsstatut geschaffen. Das Oberbergamt erließ nunmehr ein Zwangsstatut. Aber erst im Sommer 1908 kam durch langwierige Verhandlungen, wobei die Bergarbeiter der nachgebende Teil waren, ein ordnungsgemäß angenommenes Statut zustande.

Mittlerweile war auch die Hochkonjunktur des Jahres 1906/07 vorüber. Auf den Werken wurde mit Lohnkürzungen über Lohnkürzungen vorgegangen. Im 4. Quartal 1907 stand der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter auf 4.99 Mk. pro Schicht, im 4. Quartal 1909 auf 4.48 Mk. Ein Lohnrückgang von 51 Pfg. täglich innerhalb zwei Jahren. Noch drastischer kommt der Lohnrückgang bei den eigentlichen Bergarbeitern (Hauer und Lehrhauer) zum Ausdruck. Bei dieser Arbeiterkategorie stand der Durchschnittslohn im 4. Quartal 1907 auf 6.14 Mk. und wurde im 4. Quartal 1909 bis auf 5.30 Mk. herunter „geregelt“.

Von dieser Zeit an zeigt sich wieder eine Aufwärtsbewegung in der Lohnkurve, die aber nicht einmal zur alten Höhe emporstieg. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter stand im dritten Vierteljahr 1911 (letzte amtliche Lohnstatistik) auf 4.72 Mk., der der Hauer und Lehrhauer auf 5.58 Mk. Das ist eine in keiner Weise befriedigende Steigerung. Hierbei muß besonders der eingetretene Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel gedacht werden. Der Lohnverlust der Bergarbeiter, der durch direkte Lohnreduzierungen entstanden ist, berechnet sich von Anfang 1908 bis Ende des dritten Vierteljahrs 1911 auf 139 369 115 Mk. Und bei diesen starken Lohnverlusten ist der Wert der Leistungen pro Mann und Schicht gestiegen. Der Wert der Leistung pro Mann und Schicht betrug im Hochkonjunkturjahre 1907: 7.84 Mk., 1908: 8.01 Mk., 1909: 8.03 Mk. und 1910: 8.09 Mk. Für 1911 ist eine Berechnung noch nicht möglich.

Daß solche Zustände unter den Bergarbeitern keine Zufriedenheit auslösten, ist selbstverständlich. Noch aber sind nicht alle Zorneserregter aufgezehrt. Nur ein Name: Kadobod! und er treibt dem Bergmann die Zornesröte ins Gesicht! Nicht nur, daß er dabei derer gedenkt, die dort unten den Flammentod starben, er entsinnt sich vielmehr auch der späteren Vorkommnisse dabei. Mit dem Namen Kadobod ist jene Scheinkonstruktion von Arbeiterkontrolle, die der Scharmacher Hilger „Weiße Salbe“ nannte, unlöslich verknüpft. Kontrolleure zum Schutze des Lebens und der Gesundheit verlangten die Bergarbeiter. Die Unternehmer schrien Zeter und Mordio, als die Regierung es nur wagte, einen vollständig unzulänglichen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem das jetzt gültige System der Sicherheitsmänner zugelagt war. Unauslöschbar stehen die Worte des Generaldirektors Uthemann im Gedächtnis der Bergarbeiter, die er in der Palasthotelkonferenz zu Berlin am 6. Januar 1909 seinen anwesenden Scharmacherkollegen zurief:

Wir sind Herr im Hause und wir lassen die Arbeiter nicht hereinreden. Drücken Sie dem Minister da den Herrenknappst ins Auge. Das ist nach meiner Ueberzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhaus sagen können: Wir haben unsern Herrenknappst vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß du deinen Namen verdient und hilf uns.

Die Vorlage, gegen die Uthemann seine Kollegen zum Kampfe aufrief, ist zwar Gesetz geworden. Die Herren wurden belehrt, daß ihr Widerstand unklug sei und gaben ihn so auf, um für später Schlimmeres zu verhüten. Kamertlich war es der Generaldirektor Hilger, der in diesem Sinne wirkte: Wir kommen um die Arbeiterkontrolleure nicht mehr herum, darum gilt es, die Institution so wenig gefährlich wie nur möglich zu machen! Das war der Standpunkt dieses Herrn. Nun, die Institution ist für die Bergherren auch wirklich ungefährlich geworden. An Händen und Füßen gefesselt sind die Ausüher des Sicherheitsmänneramtes. Welche Schikanen sie auf einer Reihe von Zechen ertragen müssen, das ist nachzulesen in einer Petition des Bergarbeiterverbandes an den preussischen Landtag.

Der letzte Ring in der Kette der Bergewaltigung war dann das System der schwarzen Listen und der Zwangsarbeitsnachweis. Im Jahre 1909 standen annähernd 6000 Bergarbeiter auf den schwarzen Listen, die von Monat zu Monat erneuert und den einzelnen Grubenverwaltungen zugesandt wurden. Wessen Name auf der alphabetisch registrierten Liste stand, der konnte wie ein gehektes Wild vergeblich Arbeit suchend von Grube zu Grube wandern. Er mußte ein halbes Jahr als Ausgeperrter Buße tun. Aber alles das genügte den Herrenmenschen noch nicht, noch enger mußten die Fesseln gezogen werden. So kam denn im Spätherbst 1909 der Gedanke des einseitigen Zwangsarbeitsnachweises der Verwirklichung näher. Als dieser Plan in der Öffentlichkeit bekannt wurde, schämte die Bergarbeiterchaft wie ein angeschossenes Wild empor, wohl wissend, worum es sich bei dem Plan der Unternehmer handelte. Die Unternehmer hatten aber den rechten Zeitpunkt zur Verwirklichung ihrer Idee ausgesucht. Mitten in der Zeit der Krise konnten sie es wagen, den Bergarbeitern den Fuß auf den Nacken zu legen, und die Bergarbeiter mußten sich knirschend beugen. Nicht aber haben sie vergessen, was man ihnen mit dem Arbeitsnachweis angetan hat.

Dazu peitscht noch ein draconisches Strafsystem die Bergarbeiter auf. Wegen Förderung unreiner oder unter Mindermaß beladener Kohlenwagen wurden vom 1. Oktober 1910 bis 1. Oktober 1911 Geldstrafen verhängt: Auf Zeche Carolinenglück bei Bochum 6778 Mk., auf Zeche Holland, Schacht 3 und 4 bei Wattenscheid 10 824.50 Mk., auf Zeche Shamrock, Schacht 3 und 4 bei Eidel 10 674.25 Mk., und auf Zeche Graf Moltke, Schacht 3 und 4 bei Gladbeck 21 185.55 Mk. Für unreine Kohle und ungenügende Füllung werden nur die bei der Kohलगewinnung beschäftigten Arbeiter (Hauer und Lehrhauer) mit Strafen belegt. Auf den angegebenen Werken sind etwas über 10 000 Arbeiter beschäftigt. 48 bis 50 Prozent, also ungefähr die Hälfte davon sind Hauer oder Lehrhauer. Wir können also feststellen, daß 5000 Bergarbeitern durch Verhängung von Strafen (wegen unreiner

Kohle oder ungenügend beladene Kohlenwagen) 19 462 Mt. vom Lohne abgezogen wurden. Dabei ist es unmöglich, gänzlich reine oder hoch aufgefüllte Kohlenwagen zutage zu fördern. Die Gebirgsverhältnisse und die Beschaffenheit der Förderstrecken spielen dabei eine große Rolle. So häuften sich Unrecht auf Unrecht, und dieses brachte die ungeheuren Bergarbeitermassen auf die Beine, die jetzt für die Verbesserung ihrer Lage mutig zu kämpfen gejonnen sind.

Die sächsische Zuchthausvorlage.

In der Gesetzgebungsdeputation des sächsischen Landtags formuliert der konservative Abg. Dr. Böhme am Montag folgende Anträge, die die sächsische Regierung im Bundesrat als Vorschläge für eine neue Zuchthausvorlage vertreten soll:

1. Zum „Schutz der Arbeitswilligen“ werden gefordert:
 - a) gesetzliche Maßnahmen gegen das Streikpostenstehen; b) gegen die Störung des Friedens der Bevölkerung; c) gegen die Sabotage.
2. Stellung des Boykotts unter Strafe.
3. Gesetzliche Bestimmungen, nach denen die Gewerkschaftsklassen für Schäden, die einzelne Mitglieder anrichten, haften.
4. Außerstrafung des § 152 der Gewerbeordnung für Staatsarbeiter und Arbeiter in solchen Betrieben, deren Anfrichterhaltung für das Gemeinwohl notwendig sind (Verkehr usw.).

Nun haben endlich die konservativen Scharmacher Sachjens ihre Karten offen aufgedeckt. Und wie es nicht anders sein konnte — aus dem gelben Nebel heuchlerischer Phrasen vom Schutz der Arbeitswilligen stieg der stinkende Kadaver der Zuchthausvorlage. Was 1899 auf dem parlamentarischen Schindanger des Reichstags verscharrt wurde, womit damals außer den Junkern keine bürgerliche Partei Gemeinshaft haben wollte — selbst die Nationalliberalen wagten ja damals sich nicht offen zu ihr zu bekennen — dafür glauben jetzt die Böhme, Oplig und Komplicen die Zeit gekommen. Das ist der Fortschritt, wie ihn die sächsischen Reaktionskräfte verstehen!

Aber der tückische Anschlag der Konservativen geht doch noch etwas über die verkaufte Zuchthausvorlage hinaus. Er nimmt das Schlechte, wo er es kriegen kann. Auch bei dem arbeitgeberfeindlichen Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der der verdienten Vergessenheit im großen Papierkorb des Reichstags verfiel, hat Herr Dr. Böhme eine Anleihe gemacht. Was vor etwa 10 Jahren in England den Anstoß zur Gründung der Arbeiterpartei, zu entschlossener Anwendung der Arbeiterpartei von den kapitalistischen Parteien gab, das Unternehmen, die Gewerkschaften finanziell zu ruinieren, indem man sie für Handlungen einzelner ihrer Mitglieder verantwortlich erklärte, das wollen die Konservativen gegen die deutschen Gewerkschaften angewendet wissen. Kann man die starken Organisationen nicht mehr durch die brutale Polizeigewalt sprengen, so sollen sie durch den Gerichtsvollzieher zum Weißbluten gebracht werden. Die Gewerkschaften sollen haften für Schäden, die einzelne Mitglieder anrichten. Die Unternehmer hätten es dann in der Hand, ihre Hingegardien unter falscher Flagge in die Gewerkschaften zu dirigieren, damit sie bei Lohnbewegungen den nötigen Schaden anrichten, den man dann der Gewerkschaft antreiben kann. Das die Hingegardien für solche ehrlose Rolle alle Tage zu haben sind, das braucht nicht erst verifiziert zu werden.

Alles andre in den Vorschlägen des Herrn Dr. Böhme ist aus der krepierenden Zuchthausvorlage entnommen. Da sind die Maßnahmen gegen das Streikpostenstehen. Die Zuchthausvorlage enthielt bekanntlich das Verbot des Streikpostenstehens, das besonders aufreizend wirkte, weil den Unternehmern die Führung der schwarzen Listen weiter in aller Ruhe gestattet sein sollte. Wegen die schwarzen Listen der Unternehmer gegen ihre Maßregelungen, ihre Berufsvereine, zu denen sie die Arbeitsnachweise in ihren Händen gefaltet, will Herr Dr. Böhme, wollen die Konservativen natürlich auch nichts unternehmen wissen. Sie sind für den Schutz der Arbeitswilligen, gewiß, aber nur soweit er den Unternehmern paßt! — Daß das Verbot des Streikpostenstehens einfach dem Koalitionsrecht das Rückgrat brechen heißt, da kein Streik mehr mit Erfolg geführt werden kann, wenn den Kämpfenden die Möglichkeit genommen wird, die nichtunterrichteten Arbeiter zu informieren und sich vom Stand der Dinge in den betroffenen Betrieben zu überzeugen, das schiebt die Herren Schützer der Arbeitswilligen nicht. Oder vielmehr, das ist ihnen gerade recht, denn ihr wahres Ziel ist ja die Vernichtung des Koalitionsrechts, ist die völlige Knebelung der Arbeiterklasse, die Zerstörung jeder Möglichkeit, einen Streik, einen Lohnkampf zu führen!

So klar die erste Forderung der Böhmeschen Liste ist, so dunkel die zweite. Was ist unter Maßnahmen gegen die Störung des Friedens der Bevölkerung zu verstehen? Das Verbot des Boykotts kann nicht gemeint sein, denn das wird noch besonders gefordert. Wollen die Reaktionskräfte etwa besondere Ausnahmegesetzungen für den Fall, daß Hingegardisten und Polizei Straßunruhen hervorzurufen? Bieleicht verbirgt sich hinter diesen Worten die Forderung nach Wiederaufwärmung der berüchtigten Bestimmung der Zuchthausvorlage, die ihr zwar nicht den Namen gab, denn der klebte ihr schon vor ihrer Geburt, seit der Dönhäuser Kaiserreden, die aber diesen Namen recht fertigte; die Bestimmung, wonach gegen Streikführer Zuchthausstrafe bis zu 3 Jahren, gegen Rädelsführer bis zu 5 Jahren eintreten sollte, sofern der Streik „gemeine Gefahr für Menschenleben oder das Eigentum im Gefolge habe“!

Die Forderung von Maßnahmen gegen die Sabotage ist dagegen nur als ein gemeines Manöver zu betrachten, als ein Versuch, die Arbeiterklasse zu verleumden. Ein Bedürfnis nach einer solchen Bestimmung besteht in Deutschland nicht einmal für die Scharmacher. Die deutsche Arbeiterschaft hat die Sabotage stets abgelehnt — das wissen auch die sächsischen Konservativen.

Der Boykott soll natürlich nur insoweit unter Strafe gestellt werden, als er öffentlich verhängt wird, d. h. nur der Boykott, der von der Arbeiterklasse als Waffe geführt wird. Der im stillen schleißende Boykott, den die Staatserhaltenden anwenden, der soll natürlich unangetastet bleiben. Wenn die Junker die Geschäftskreise ganzer Städte boykottieren, weil dort nicht konservativ gewählt würde, so üben sie natürlich ein unveräußerliches Menschenrecht aus.

Schließlich sollen ganze Kategorien der Arbeiter des Koalitionsrechts überhaupt glatt beraubt werden. Die

Eisenbahner, die Verkehrsarbeiter überhaupt, die Gemeindearbeiter, überhaupt alle, deren Arbeit für das Gemeinwohl unbedingt notwendig ist. Was läßt sich nicht alles darunter bringen. Die Speditionsarbeiter, die jenseits hier in Leipzig einen schönen Sieg erröckten haben, würden dann an Händen und Füßen gefesselt werden, die Bäcker, die Fleischer u. a. m. dergleichen! Es wäre die brutale Entrechtung und nackte Knebelung vieler Hunderttausender deutscher Arbeiter! Das sind also die Pläne der sächsischen Konservativen. Wie stellt sich die Regierung, wie stellen sich Nationalliberalen und Fortschrittler dazu? Man wird auf die Erklärungen der Herren zu diesen konkreten Vorschlägen gespannt sein dürfen. Die Zeit der verschwommenen, allgemeinen Redensarten ist jetzt vorüber. Jetzt heißt es Farbe bekennen!

Die Arbeiterklasse hat solche Klärung nur zu begrüßen. Ihre Feinde, die den großen Sieg der Sozialdemokratie nicht anders als mit solchen verzweifeltsten Anschlägen zu beantworten wissen, sollen sich wundern über die Wirkung ihres Vorstoßes. Das deutsche Proletariat wird ihnen eine Antwort geben, die sie so bald nicht vergessen sollen. (Leipziger Volkszeitung.)

Aus dem Schwarzwälder Granitgebiet.

Einleitend sei betont, daß es sich bei dieser Beschreibung nicht um den ganzen Schwarzwald handelt, sondern nur um den mittleren Teil desselben, wo der Bezirksrat seine Gültigkeit hat. Die Organisationsverhältnisse sind mittelmäßige zu nennen. Das Hauptübel liegt hier im Unterakkordantensystem; zur Winterszeit ist es schon vorgekommen, speziell in Rappeltrodel, daß die Meister die Gesellen an Zahl übertreffen. Diese bilden dann mit ihren Brüdern, Schwägern und sonstiger Verwandtschaft den Hauptteil der hiesigen Steinarbeiter. Es kommt hier nicht nur die Sucht der Kollegen, einmal den Meister zu spielen, in Frage, sondern das Unterakkordantensystem wird von ein paar finanziell besser gestellten Unternehmern „geradezu gequält“. Diese Meister beschäftigen pro forma zwei oder drei Gesellen, aber nur darum, weil in etlichen Städten die Bedingungen bestehen, daß nur Selbstunternehmer zu Submissionen zugelassen werden. Bieleicht auch noch deshalb, weil Steinmeister doch schöner klingen, als Steinhändler. Es ist nun vorgekommen, daß hiesige, oder doch schon jahrelang hier beschäftigte Arbeiter bei diesen Meistern um Arbeit anfragten. Arbeit bekamen sie in den meisten Fällen nicht, aber den Rat: wenn sie selber Steine kaufen, so gibt es Aufträge. Weil jeder das Arbeitsuchen im Winter fürchtet, so hat sich schon mancher Kollege dazu verleiten lassen und sein Glück als Meister versucht.

Nicht jeder Unterakkordant ist von den Unternehmern dazu animiert worden; es gibt welche, die einmal zeigen wollen, daß sie's nicht mehr nötig haben, noch länger Geselle zu sein. Um so ein „neues Granitwerk“ in Schwung zu bringen, werden von den angehenden Meistern alle verfügbaren Gelder, wenn solche überhaupt vorhanden sind, flüchtig gemacht. Es werden dann von der Kommune Granitföndlinge gekauft und der Betrieb kann eröffnet werden. Ist Geld nicht vorhanden, dann wird das ganze Geschäft nur auf dem persönlichen Kredit aufgebaut. In diesen Fällen leistet der Abnehmer für unumgängliche notwendige Ausgaben Bürgschaft. Dafür werden jeden Tag die bestimmten Prozente zurückbehalten. Die Granitindustrie besteht hier schon nahezu zwanzig Jahre und so kann sich jeder leicht vorstellen, daß die Föndlinge an günstig gelegenen Stellen schon längst verarbeitet sind. Was jetzt noch zu haben ist, liegt entweder in den tiefsten Schichten, wo nur im Hochsommer die Sonne etliche Wochen hinscheint, oder auf den Höhen des Schwarzwaldes, wo der gewöhnliche Sterbliche im Jahre nur ein oder zweimal die Luft verspürt, dort hinauf zu wandeln. Etwas notwendig werdende neu anzulegende Fahrwege werden von den frisch angehenden Meistern vor und nach Feierabend hergestellt.

Wie es in einem solchen Betrieb aussieht, kann sich jeder leicht vorstellen. Die alten Römer können auch nicht primitiver geschuft haben. Es gilt als etwas „Großes“, wenn eine richtige Handwinde zur Stelle ist. Nach dem hier Gesagten kann sich jeder denken, daß Werkstätten oder Unterkunftsräume erst recht nicht vorhanden sind. Eine Plane über einen Boß gespannt und über den Stein gefeilt, wo er eben liegt, und die Steinbearbeitung kann losgehen. Aufbänke, Hölzer und das Ausbänken selbst sind hier unbekannt Dinge.

Was bekommen nun diese Meister für ihre Arbeit? Vom laufenden Meter Randstein etwa 50—60 Pfennig mehr als ein Arbeiter nach Tarif erhält. Dafür müssen sie sich die Steine selber kaufen, das Werkzeug stellen, die Beiträge zu den Versicherungen bezahlen und noch obendrein die Steine eine Stunde weit und darüber zum Bahnhof führen lassen.

Im benachbarten Waldum wird ein größerer Betrieb unterhalten. Der Inhaber selbst betreibt ihn nicht, sondern hat ihn an einen Unterakkordanten abgegeben. Der Inhaber setzt seinen Stolz darin, keine organisierten Arbeiter zu beschäftigen, um nicht nach Tarif zahlen zu müssen. Es gelang nun der Zahlstellenverwaltung, die Leute zu organisieren. Aber im Herbst reisten die Kollegen wieder fort nach ihrer sächlichen Heimat. Im Frühjahr werden wieder unorganisierte Randsteine aus Italien bezogen. Zu diesem Zweck ist dieser Unterakkordant schon öfters nach Italien gereist. So bleibt dieser Betrieb immer das Schmerzkind der Zahlstelle Rappeltrodel. Eine Ausnahme zum Besseren machte bisher der Betrieb in Ringelbach, einer Karlsruher Denkmalfabrik gehörend.

Ein sehr ergiebiger Bruch befindet sich im Böhlerthal. Stücke von den größten Dimensionen können mit Leichtigkeit gewonnen werden. Im Sommer schaffen dort 30 bis 35 Steinmehnen. Im Winter dagegen sinkt die Zahl manchmal bis auf fünf. Einheimische Arbeiter sind hier nicht zu verzeichnen. Meistenteils sind es italienische oder bayrische Kollegen. Auch sind die Verarbeiter nicht stark vertreten; denn wer nicht in der Kantine essen und schlafen will, müßte täglich einen Weg von zwei bis drei Stunden machen. Abgesehen von ein paar Kurhäusern sind menschliche Behausungen auf stundenweit im Umkreis nicht in der Nähe.

Im hiesigen Gebiet bestehen noch zwei Zahlstellen, welche sich ausschließlich aus Plastersteinmachern zusammensetzen, nämlich Reuach und Seebach. In beiden Zahlstellen kommt nur die Firma Müller u. Co. in Betracht. Die Lohnverhältnisse sind auch in diesen Betrieben tariflich geregelt.

Der Betrieb in Seebach ist gut eingerichtet. Bei günstiger Konjunktur sind wohl 150 Mann beschäftigt. Sie haben schon fast alle dem Verbands angehöret. Jetzt ist die Zahl der Organisierten leider auf 55 gesunken. Bei der sogenannten stillen Zeit vergessen diese Leute zu schnell den Verband. Aber es kommt hinzu, daß die Betriebe für die meisten Kollegen unter einer Stunde Fußwanderung nicht zu erreichen sind.

Technisch gut eingerichtet ist das Granit- und Porphyrtwerk Züschenbach. Hier sind Transportanlagen, Luftdruckbohrmaschinen, Dampfbetrieb und Knadmäshinen vorhanden. Die nötige Energie wird von der elektrischen Zentrale in Mchern bezogen. Das Gestein ist aber sehr laßig, und es wird hauptsächlich Bahnsplatter produziert.

Erwähnenswert wäre noch, daß die hiesige Werksteinindustrie sich im steten Rückgang befindet. Die Ursache ist in erster Linie wohl auf die häufige Verwendung des Betons zurückzuführen. In zweiter Linie kommt in Betracht, daß die hiesigen Unternehmer nicht die nötige Propaganda für ihr Material machen, denn die meisten huldigen der Devise: Nach uns die Sintflut. Hauptsache ist ihnen, wenn billig gearbeitet wird. Ist es doch schon vorgekommen, daß den Kollegen gesagt wurde, wenn ihr unter Tarif arbeitet, braucht ihr auch die Arbeit nicht so sauber auszuführen. Nach dem hier

Gesagten können sich die Kollegen vorstellen, daß das schöne Steinhäuser wenig Gültigkeit hat. Mit den vielen Kurgästen und Touristen, welche die hiesige Gegend besuchen, haben die Steinarbeiter nur die Kurpreise gemeinsam. Alois Steiger.

Winke für die Schriftführer und sonstige Mitarbeiter des Verbandsorgans.

1. Wenn du etwas für den Abdruck mitteilen willst, tue dies rasch und schicke es so fort ein.
 2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
 3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit guter, schwarzer Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
 4. Lasse zwischen den Zeilen mindestens einen Raum von der Breite einer Zeile, damit die nötigen Korrekturen angebracht werden können.
 5. Schreibe nur auf schmales, höchstens 15 Zentimeter breites Papier.
 6. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag und das Datum. Dies ist bei Einfindungen an eine Zeitung, die nur einmal wöchentlich erscheint, besonders notwendig.
 7. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
 8. Schreibe du etwas ab, so vergleiche es gewissenhaft mit dem Original, denn nach alter Erfahrung werden beim Abschreiben mehr Fehler gemacht, als mancher glaubt.
 9. Die Hauptsache: Beschreibe nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch herschreiben und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belästigung des Redakteurs gestrichen werden muß.
 10. Kürze keine Worte ab, schreibe nicht Koll. statt Kollegen, u. statt und, Bors. statt Vorsitzender. Schreibe alle Worte aus, das ist notwendig, denn sie müssen auch voll angedruckt werden. In dieser Beziehung wird gerade zu häufig gesündigt.
 11. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nicht berücksichtigen.
 12. Sämtliche Zuschriften müssen mit dem Stempel der Verwaltungsstelle versehen sein. Wenn in den Zuschriften Personen gebührend werden, so sind stets Zeugen namhaft zu machen, die eventuell vor Gericht die Richtigkeit der Angaben bezeugen können. Zuschriften, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, können nicht berücksichtigt werden.
- Die genaue Befolgung dieser Ratsschläge liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse der Abgeber. Befolgen diese die Ratsschläge nicht, so haben sie es nur sich selber zuzuschreiben, wenn ihre Sendung nicht in der von ihnen gewünschten Weise erledigt wird. Ueberflüssig ist es, wenn es heißt: die Zuschrift muß „wörtlich“ zum Abdruck gelangen. Solche Mitarbeiter leiden gewöhnlich an großer Einbildung, wenn ein derartiges Verlangen gestellt wird.

Korrespondenzen.

Dielenhan. Bei der am 10. Febr. im Gasthaus zur Krone abgehaltenen Monatsversammlung gab der Kassierer Diehm den Jahresabschluss bekannt. Die Einnahmen betragen 243.20 Mt., die Ausgaben 219.45 Mt., bleibt ein Kassenbestand von 23.75 Mt. Bemerkenswert ist, daß wir erst seit 26. März 1911 organisiert sind. Die Versammelten dankten dem Kassierer für seine außerordentlich gute Buch- und Kassenführung. Darauf ging es zur Wahl der Ortsverwaltungsmitglieder. Die bisherigen Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt mit Ausnahme des Revörs Weimer, der freiwillig zurücktrat; an dessen Stelle wurde Kollege Menz gewählt. Es wurde noch beschlossen, jeden Monat eine Versammlung abzuhalten, um die Angelegenheiten jedes einzelnen besser zur Sprache zu bringen. Der Tarif muß in diesem Jahre besser eingehalten werden, und wir müssen umgehend auf den 45-Pfg.-Stundenlohn bestehen. Wir gewinnen wieder zwei Kollegen, so daß jetzt unserer Zahlstelle nur noch zwei Kollegen fernstehen.

Düffeldorf. Am 10. Februar fand im Volkshaus eine Versammlung der Steinarbeiter statt. Vom Kollegen Gier wurden Vorschläge zu unserer Zeitschrift gemacht, welche am 26. März stattfinden. Dann gab es eine lebhafteste Diskussion über den Kollegen Peter Hedel junior. Derselbe hatte mit der Firma Bernh. Schulz Lohndifferenzen. In der letzten Versammlung wollte derselbe schon seine Sache vorbringen, wurde aber damals aufgefordert, erst sein Buch in Ordnung zu bringen, da wir doch nicht für Kollegen eintreten können, welche 18 Wochen rückständig sind. Zu dieser Versammlung kam der betreffende Hedel wieder, sein Rückstand betrug 13 Wochen. Es lief darauf ein Antrag ein, Hedel solle sich bereit erklären, die rückständigen Beiträge innerhalb vier Wochen zu bezahlen, wibrigenfalls er als gestrichenes Mitglied betrachtet würde und insfolgedessen auch nicht zum Wort kommen könne. Hedel zog es aber vor, diesem Antrag nicht zu entsprechen, er meinte, er wolle erst sprechen und sich dann erklären, und wenn ihm das nicht gewährt würde, sei er wieder für sich selbst und habe die Organisation nicht nötig. Auf diese Erklärung wurde er aufgefordert, die Versammlung zu verlassen, da wir ihn jetzt nicht mehr als Mitglied betrachten können. Von solchen Leuten läßt sich die Zahlstelle auf keine Fälle Vorchriften machen.

Mannheim. Am Sonntag, 18. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, die leider schlecht besucht war. Den Jahresbericht erstattete der Vorstand. Die Zahlstelle stand im verfluchten Jahre in zwei Lohnbewegungen. Die erste der Marmorarbeiter, endete nach siebenwöchigem Streik des Betriebs Schwachenmühle mit teilweisem Erfolg. Bei der Firma Boffert wurde eine Einigung durch Unterhandlungen erzielt. Die zweite Lohnbewegung der Sandsteinmehnen wurde durch Unterhandlungen auch mit teilweisem Erfolg beendet. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes: Als erster Vorsitzender wurde Kollege Hermann Frey neugewählt. Wiedergewählt wurden die Kollegen Donath als zweiter Vorsitzender, Wilhelm Mühl als Kassierer, Kraus als Schriftführer und Breg als Statistiker. Als Revisoren fungieren die Kollegen Staab und Frank. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Donath und Frey bestimmt. Kollege Kraft gab noch einen kurzen Rückblick auf die letzte Lohnbewegung. Daß der Erfolg nicht größer und nicht allgemein befriedigend war, dazu haben diejenigen Kollegen viel beigetragen, welche sich so interesselos zeigten und das ganze Jahr keine Versammlung besuchten, nicht einmal während einer Lohnbewegung. Auch möchten manche Kollegen in solch wichtigen Versammlungen mehr sachlich debattieren, und die persönlichen Sachen beiseite lassen.

Müders. Eine am 28. Februar hier stattgefundene Versammlung war schlecht besucht, weil nur auf einem Blatze Arbeit ist. Nachdem der Schriftführer das Protokoll von der Generalversammlung verlesen, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Versammlung nahm Stellung zur Gaukonferenz, die am 10. März im Diegnitzer Gewerkschaftshaus stattfindet. Nach verschiedenen Aussprachen der Kollegen über wichtige Angelegenheiten wurde Kollege Haberland als Delegierter zur Gaukonferenz gewählt. Wir haben hier noch viel unorganisierte Mühlsteinarbeiter, Brecher, Kassierer und Hilfsarbeiter, da muß endlich ein energischer Schritt gemacht werden, um diese Leute zu gewinnen. Solche Zustände herrschen jetzt auf Blag Zeidler. Der Polier Müders verlangt, daß wir das härteste Material in Balksfurthher Stein nur bis 20 Prozent und teilweise als Normalstein verarbeiten sollen. An allen diesen glatten Quadern, wo es nur angebracht, rechnet er nicht richtig und macht Abzüge. Dieses kann sich der Herr Polier jetzt erlauben, weil

Die Arbeit noch nicht gestrichelt wird, aber wir werden es nicht ver-
gessen, auch das nebst der ungerichteten Entlassung von Kollegen;
es kommt noch eine andre Zeit, wo auch wir ein Wort mitreden
werden, besser wird es durch so ein Verhalten zwischen Arbeitgeber
und Arbeitnehmer nicht. Unser Zentralvorstand hat die
Sache in die Hand genommen. Zum Schluss wurde noch gerügt, daß
die Kollegen von Niggel und Waldborf nicht mehr in der Versamm-
lung erscheinen.

Sträßel. Die am 25. Februar tagende Steinarbeiterversammlung
beschäftigte sich mit der Verlegung des Tagungsortes der dies-
jährigen Konferenz von Sträßel nach Siegnitz durch die Gau-
leitung. Vor zwei Jahren hat die in Sträßel tagende Konferenz
einstimmig Sträßel als Tagungsort bestimmt. Es entspann sich
darüber eine lebhafte Debatte, nach der folgende Resolution zur An-
nahme gelangte: „Die am 25. Februar 1912 in Sträßel lokal in
Sträßel tagende Steinarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von
der Verlegung des Tagungsortes der Konferenz von Sträßel
nach Siegnitz. Die Versammlung erkennt die Gründe der Gau-
leitung nicht für stichhaltig, um den einstimmig gefaßten Konferenz-
beschluss von 1910 umzustößen. Es wird daher beschlossen, die dies-
jährige Konferenz nicht zu befehlen.“ Zum Schluss wurde auch
denjenigen Kollegen gedacht, welche es mit ihrer Ehre vereinbaren
können, sich während den Versammlungen in dem anstößenden
Schantraume aufzuhalten und so die Versammlungen schwächen.

Zinnheim. Bei der Firma „Wetterwald-Brüder“ sind Differen-
zen ausgebrochen, sämtliche Kolonnenarbeiter haben am 15. Februar
ihre Kündigung eingereicht. Auch ein Teil der Kipper hat gekündigt.
Beide Gruppen wählten je eine Kommission von sechs Mann. Am
27. Februar war Herr Direktor Lindemann im hiesigen Geschäft und
unterhandelte mit dem Ausschuss der Kolonnenarbeiter. Der Direk-
tor erklärte in der Sitzung, er allein fühle sich nicht dazu berechtigt,
Zulagen zu gewähren, er müsse zuerst mit seinen Herren Kollegen
darüber sprechen. Weiter verlangte er von den Kolonnenarbeitern,
daß sie ihre Kündigung zurückzuziehen hätten, erst dann könnte die
Sache geregelt werden. Hierauf gingen die Arbeiter aber nicht ein.
Dieses veranlaßte den Herrn Direktor, mit dem Ausschuss der Kipper
nicht zu verhandeln. Wir werden so sehen, wie sich die Sache ent-
wickelt. Wenn die Arbeiter auch nur einigermaßen ihre Lage ver-
bessern wollen, sofort treten uns die Firmen in schärfster Weise
entgegen. Kollegen, bewahrt Einnigkeit, damit wir zu unserem Rechte
kommen.

Rundschau.

Paul Horn. Der Bergarbeiterverband hat einen schweren
Verlust erlitten; am Freitag, den 23. Februar verschied nach kurzem,
schweren Krankenlager der Hauptkassierer des Bergarbeiterverbandes,
Genosse Paul Horn. Ein schweres Nervenleiden, verbunden mit
einem Herzschlag, machte seinem Leben nach vierwöchigem Kran-
kenlager ein Ende. Bei der Reichstagswahl wirkte er, wenn auch
schon an Kräften gebrochen, noch fleißig mit. — Paul Horn wurde
am 22. August 1858 in Schedewitz bei Zwickau geboren. Früh schon
widmete er sich der modernen Arbeiterbewegung. Am 1. August 1880
trat er dem 1876 gegründeten Bergarbeiterverband bei. 1884 wurde
er Mitglied des Verbandsvorstandes, 1889 beteiligte er sich an dem
großen Streik und wurde gemahregelt. 1893 kamte ihn der Berg-
baubezirk Zwickau in den sächsischen Landtag, dem er bis 1899 ange-
hörte. Infolge der von den Konservativen und Nationalliberalen
vorgenommenen Wahlrechtsverschlechterung konnte Horn nicht wieder-
gewählt werden. 1892 wurde er im sächsischen Bergarbeiterverband
zum Hauptkassierer gewählt, welchen Posten er bis zur politischen
Auflösung 1895 bekleidete. Dann widmete er sich dem Konsumver-
einwesen. 1908 wurde er auf der Generalversammlung des Berg-
arbeiterverbandes in den Verbandsvorstand gewählt. Diesen Posten
bekleidete er, bis die tödliche Krankheit ihn an das Bett fesselte. —
Nach dem Streik 1889 mußte er ein volles Jahr hinter Gefängnis-
mauern zubringen; er hatte einen Vergrät beieidigt. So hat Paul
Horn auch die „Freuden“ des Bergarbeiteragitors kennen gelernt.
Nach 32jähriger Tätigkeit im Dienste der Arbeiterklasse ist Paul
Horn, erst 53 Jahre alt, gestorben. Seine Kameraden und Genossen
werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dem Steinarbeiterverband sind beigetreten die Firmen:
E. von Thaden, Granitwerk, Königshain; B. Suhn, Granitwerk,
Hannover; Gebrüder Israel, Sandsteinwerk, Pirna; Saalburger
Marmorwerke, Saalburg; J. Eller, Marmorwerk, Weissensee; Gebr.
Niedel, Marmorwerk, Weissensee. Auffällig ist, daß besonders die
Großen Marmorwerkbesitzer in der letzten Zeit einen so großen
Organisationsdrang entwickeln.

Ein Ruspeltalksteinbruch wurde in Höpfingen (Baden) er-
öffnet. Es hat den Anschein, daß die Ruspeltalkindustrie noch be-
deutend ausdehnungsfähig ist.

Geplante Neubauten. Für die Kollegen der Sandsteinbranche
dürften nachstehend geplante Neubauten sicherlich einiges Interesse
haben: Köln, Krematorium; Blankenburg, Kurhaus; Braunschweig,
Urnenhalle; Briesnitz, Volkshaus; Chemnitz, Paulikirche; Essen,
Theater; Reuthen, Eisenbahnbedienstetengebäude; Essen, Erweiterung des
Personenbahnhofes; Gotha, Erweiterung des Bahnhofes; Gattungen,
Erbauung eines Wasserwerks; Korthheim: Umbau des Bahnhofes.

Einhunderttausend Kubikmeter Steinschlag hat am 17. Februar
die Eisenbahndirektion Elberfeld zu vergeben gehabt. Die An-
gebote schwankten von 2.40 bis 3.80 Mk. pro Kubikmeter. Es stellte
sich somit etwa eine Differenz von 160 000 Mk. heraus.

Ueber eine Million Krankenkassenmitglieder in Groß-Berlin.
Im Oktober 1911 überstieg die Zahl der in den Krankenkassen Ber-
lins und der Vororte Charlottenburg, Schöneberg, Hixdorf, Strelas,
Nimmelsburg, Weissensee, Lichtenberg, Tempelhof, Treptow, Pan-
kow und Reinickendorf versicherten Mitglieder zum erstenmal die
Million. Es wurden in diesem Monat 1 011 681 Mitglieder der
Krankenkassen gezählt. Bis zum Schlusse des Jahres ging diese
Zahl infolge der schlechten Jahreszeit zwar noch etwas zurück, hielt
sich aber mit 1 003 014 im Dezember immer noch über der Million-
grenze. Unter diesen Mitgliedern waren 601 493 männlicher und
401 521 weiblichen Geschlechts. Fast genau zwei Drittel so viel
Frauen wie Männer kämpfen also heute schon in der Großstadt
den schweren Kampf ums Brot. Für immer vorbei sind jene
idyllischen Zeiten, in denen man sagen konnte, daß die Welt der
Frau ihr Heim sei. Zugleich zeigen diese Zahlen aber auch, wie
unzeitgemäß es ist, heute noch die Frauen von den politischen
Rechten und Pflichten auszuschließen, nachdem auf ihrer Arbeit fast
so gut wie auf der der Männer der Bau unserer ganzen Kultur ruht.

Bedeutende Sprengung. Die Westfälische Steinindustrie in
Nachrodt ließ am 13. Februar eine gewaltige Sprengung vornehmen.
In drei getrennt liegende Minenkammern wurden insgesamt 20 000
(zwanzigtausend) Pfund Pulver geladen. Die Zündung geschah
mittels Elektricität in einer Entfernung von 500 Metern. Die
Explosion hatte eine vorzügliche Wirkung, es konnten 100 000 Kubik-
meter Gesteine zu Fall gebracht werden. Bemerkenswert ist noch,
daß ein Kleinmehographenunternehmer zur Stelle war, welcher Filmauf-
nahmen machte. — Diese Sprengung dürfte wohl die bedeutendste
sein, welche bisher in der Steinindustrie vorgekommen ist.

Explosion. Am 26. Februar wurde der Untertunftsraum am
Spitzberg I zu Süpitz (Sachsen) durch eine Explosion von ungefähr
20 Dynamitpatronen zerstört. Glücklicherweise wurden Menschen-
leben nicht vernichtet.

Straßenbau in den französischen Alpen. Die französische Re-
gierung beschließt, dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen,
mit dem ein Straßenbau sichergestellt werden würde, der den Genfer
See mit dem Mittelmeer verbindet und durch die ganze Länge der
französischen Alpen von Nord nach Süd geführt werden oder viel-
mehr die bereits bestehenden Straßen verbinden soll. Die Kosten
werden auf 4 Millionen Franken geschätzt. Der ganze Straßenbau
wird in Lyon am Genfer See in einer Seehöhe von ungefäh-

400 Meter beginnen, nach bedeutende Hochhöhen, darunter den Col
d'Yveran (2770 Meter) übersteigen und am Meer enden. Die
Länge dieses landschaftlich außerordentlich großartigen Straßen-
zuges wird 615 Kilometer betragen. Die Täler, die er durchziehen
wird, bilden zusammen jene Längsstraße, die die französischen Kall-
alpen von dem Mittelzuge der Französischen Alpen trennt.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wurde der Steinarbeiter Wolf, zurzeit in
Darmstadt, auf Grund des § 3, Absatz 5b unseres Statuts;
aus denselben Gründen der Schleifer Kühnast, zurzeit in
Hannover.

Anträge zum Verbandstag müssen bis 24. März an den Ver-
bandsvorstand eingekandt werden.

Die Zahlstellen werden nach auf folgenden Beschluß des Ver-
bandstages 1910 in Eisenach verwiesen und dessen Beachtung
dringend empfohlen:

Um die Beschwerdekommision in Zukunft nicht wieder so sehr zu
belasten, beschließt der Verbandstag, daß zukünftig alle Beschwerden
zurückgewiesen werden, welche den Instanzen, d. h. dem Zentral-
vorstand und dem Verbandsauschuss, nicht vorgelegen haben;
weiter alle Beschwerden, welche der Beschwerdekommision schon
einmal vorgelegen haben und abgelehnt worden sind.

Licht und Schatten.

Ballsaal! Blumen, Lampenschimmer,
Seide, Diamantenschnitter,
Damen mit beringten Händen,
Glanz und Pracht an allen Enden,
Ordnung, schwarzer Frack,
Uniform und Chapeau claque,
Sekt auf Eis, erfrischend, kühl,
Feenpracht im Festhüll;
Alles jubelt, scherzt und lacht,
Tausende verschlingt die Nacht.

Kammer in der Mietkammer,
Schau'n hinein die Abendsterne;
Stöhnend liegt auf seinem Lager
Abgezehrt und blaß und mager,
Mit gebrochenem Lebensmut
Arm und krank ein junges Blut.
Schmal die Baden, leer der Magen,
In den Augen stumme Fragen,
Tag und Nacht im dumpfen Raum
Eingefahrt der Jugendtraum.
Graus Flend sieht die Nacht
Hier im Stübchen unterm Dach.

Jenny Horn.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 21. Heft des 30. Jahrgangs
erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine
großartige Kampagne. — Das russische Ultimatum und seine Folgen
für Persien. — Von einem Perser. — Die Politik J. B. v. Schweigers
und die Sozialdemokratie. — Von S. Kaufmann. (Schluß). — Die
braunschweigische Wahlreform. — Von Richard Wagner. — Die soziale
Bewegung in Japan. — Von S. Katayama. — Literarisches Rund-
schau: Joseph Pöglitz. Die Einwände gegen Sonderschulen für her-
vortretend Befähigte. — Von Arnulf, Dr. Karl Grünberg. Die Agrar-
verfassung und das Grundbesitzungsproblem in Bosnien und her-

Anzeigen

Berlin.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr

Kombinierte Versammlung

in den Armintshallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Gaukonferenz.
2. Wahl der Delegierten.
3. Stellungnahme zu den neuen Vorschlägen betreffend örtliche Ar-
beitslosenunterstützung.
4. Endgültige Beschlußfassung in dieser
Frage. 5. Berichtedes.

Kollegen! Laut Versammlungsbeschluss wird präzise begonnen.
Sorgt deshalb für ebenso zahlreiches wie pünktliches Erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Mehrere tüchtige Steinbauer

sofort für dauernde Arbeit gesucht.

Heinrich Jakob & Co., Spenit- und Granitwerke
Wersau bei Reinheim (Odenwald).

Tüchtige Hand- und Maschinenschleifer

auch einige Steinmetzen für meinen Granitbruchbetrieb
nach Brotterode auf gestockte Arbeiten werden sofort für dauernde
Arbeit eingestellt.

Granitwerke Köppler, Schmalkalden (Thüringen).

Suche für sofort einen

tüchtigen jungen Steinmetzen

auf Grabsteine in Hartgestein.

G. Ott, Bildhauer, Herborn (Nassau).

Wir suchen

tüchtigen Marmorhelfer

in belgischem Granit blanc clair etc.

Wert & Comp., Marmorwarenfabrikant, Bremen.



Die besten Arbeiter-

Hosen, Westen, Jackets, blaue Jacken, Unterhosen, Pelertinen, Lodenjoppen,
Kindermäntel und Ulster. Stoffzüge nach Maass, erhalten Sie in der
Kleiderfabrik von

Ernst Wünsche in Neugersdorf (Sachsen) 19.

Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach.
Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25

Garantie für tadellosen Sitz.
Billigste Preise.

Herzogowina. Von J. Topalowitz. Professor Dr. A. Broda, In-
wiefern ist eine gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen möglich? Von Julius Deutsch. Konsumgenossen-
schaftsbrevier. Von K. K. — Zeitschriftenchau. Von G. E.

Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 48: Stilleheit und
Kollektibewußtsein. Von G. G. Ludwig. — Bücherchau: Max Leh-
mann, Historische Aufsätze und Reden. Karl Borländer, Immanuel
Kants Leben. Alexander Ular, Die Zwergenstraße. Hans Hol-
beins Initialbuchstaben mit dem Totentanz. Gustav Freitag, Bilder
von der Entstehung des Deutschen Reichs.

Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung. Ver-
lag von Fr. Schrader. Vierte Auflage. Diese bekannten Winke
sind nun in vierter Auflage erschienen, ein Beweis, daß dem Buche
ein großes Interesse entgegengebracht wird. Die Ausstattung ist eine
musterghltige zu nennen.

Die technischen nugharen Gesteinsarten des Herzogtums Braun-
schweig. (Dr.-Ingenieur Brudebusch.) Verlag von Fr. Vieweg u.
Sohn, Braunschweig. Das Herzogtum ist sehr reich an Gesteinen.
Gewonnen wird: Granit, Gabbro, Diabas, Melaphyr, Grauwacke,
Sandstein, Dolomit und Kalkstein. Die Arbeit des jungen Ge-
lehrten muß eine vorzügliche genannt werden. Es ist gut, daß man
in neuerer Zeit daran geht, in literarischer Beziehung über die
Wichtigkeit der deutschen Gesteine eingehende Betrachtungen anzu-
stellen. Wir wünschen dem Buche eine weite Verbreitung.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Blankenburg a. Harz. Alle hier Beschäftigung suchenden Stein-
arbeiter wollen sich erst bei der Zahlstellenverwaltung informieren,
ehe sie um Arbeit ausprechen.

Löbau-Orpaach. Nach Arbeit hier ausprechende Kollegen wollen
sich erst mit der Zahlstellenverwaltung verständigen.

Obernaukirch. Die Verbreitung des Gerüchtes wegen des
Briefes an die Firma Döde über meine Person erkläre ich als
unwahr und warne vor Weiterverbreitung, da ich sonst gegen diese
Personen gerichtlich einschreiten werde. August Haller.

Rattenberg. Peter Releis! Es sucht dich dein Bruder Hans
wegen familiären Verhältnissen. Adresse: Hans Releis, Stei-
nmetz in Neurandsberg (Post Altrandsberg, Niederbayern).

Rückers. Der Steinmetz Joseph Kuvera, geb. am 25. Mai
1886 zu Zabehltz bei Prag, wird um seine Adresse gebeten und
um Regelung seiner Verpflichtungen gegen unsere Zahlstelle.

Trossenfurt. Der Steinmetz Müller von Grünfeld wird
ersucht, dem Kollegen Joseph Grafer von Trossenfurt seine
Interimskarte nach dort zu senden.

Adressen-Änderungen.

Dorimund. Vorf.: Franz Brodmeyer, Humboldtstr. 3. Kass.:
Karl Bernhardt, Wambelerstraße 35, II.

Königsbrück. Vorf.: Alois Godermeier, Gartenstr. 6, II.
Mannheim. Vorf.: Hermann Frey, Lenaufstr. 22. Kass.:
Wilhelm Klüb, Augartenstr. 27, V. — Die Reiseunterstützung wird
beim Kollegen Paul Hoffmann, Krappmühlstr. 7, ausbezahlt.

Ragen. Kass.: Jakob Reuser, Polcherstraße 27. — Die
Krankenunterstützung wird Sonntags von 12—2 Uhr
mittags ausbezahlt.

Rückers. Vorf.: Johann Müller, Rückers. Kass.: Ignaz
Kolar in Goldbach.

Briefkasten.

O. Wir können doch wegen der Tarifkündigung nicht vor Zugang
warnen? Sonst müssen jetzt mindestens 100 Zahlstellen bekannt
gemacht werden! — Schopfloch. Kontrollkarten haben wir nicht. —
San Francisco. Abonnement ist bezahlt bis 31. Dezember 1911.
Rechnen Sie künftig 4.80 pro Jahr mit Porto 5.10 Mk.



Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgebirge) 16

Preisliste

über alle
Steinmetz-Geschirre

versende gratis!
Lieferung sofort.

Schürzen

Handmacherleinen, 100 und 115 cm
breit, Schürzenstoffe in allen Breiten,
Zackets, Leder- und Waffeln-Gosen
in eigener Anfertigung
empfehlen preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft

in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Nachruf!

In Metten verstarb am 21. Februar der Bierbauerei-
besitzer

J. Grabmeier

nach schwerem Leiden, im Alter von 54 Jahren. Trotz großer
Anfeindungen aus ultramontanen Kreisen stellte er seine
Lokalitäten der Klassenbewußten Arbeiterschaft jederzeit zur
Verfügung. — Dem Verstorbenen, welcher ein Ehrenmann von
der Sohle bis zum Scheitel war, werden wir jederzeit ein
dankebares Andenken bewahren!

Die Zahlstellenverwaltung Metten.

Gejforben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für
die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.)

In Erfurt am 20. Februar der Kollege Otto Münch,
37 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In Hamburg am 23. Februar der Kollege Ernst Neuh,
46 Jahre alt, an Wasserjucht.

In Pilsgrambreuth am 21. Februar der Kollege Christian
Wolf, 31 Jahre alt, an einem Herzleiden.

In Pirna am 16. Februar der Kollege Karl Kaiser,
53 Jahre alt, an der Berufsfrankheit. — Am 26. Februar
der Kollege Gustav Bär, 43 Jahre alt, an der Berufs-
frankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Mängel der heutigen amtlichen Preis- und Lohnstatistik. — Ein Vorschlag zur Bildung einer ständigen internationalen Untersuchungskommission.

Die Preissteigerung der letzten Jahre hat auch den Gewerkschaften mehr als je vor Augen geführt, wie wichtig es ist, statistisch zuverlässige Grundlagen auf diesem Gebiete heranzuschaffen. Der nominell gleichbleibende Geldlohn schrumpft bei der Verteuerung des notwendigen Lebensbedarfs zu einem wesentlich reduzierten Reallohn, zu einer tatsächlich geringeren Kaufkraft für Nahrung, Wohnung, Kleidung zusammen. Der nominell höhere Geldlohn verflüchtigt sich entweder zu bloßem Schein oder die Geldlohnsteigerung kann sogar mit einer Verminderung der Lebenshaltung zusammenfallen. Es ist nicht nur zur Information wichtig, diese Preisbewegungen genauer überblicken und gegeneinander abmessen zu können. Man braucht ein vertrauenswürdiges Ziffernmateriale notwendig auch zur Beurteilung von Lohnbewegungen, von gewerkschaftlichen Erfolgen, zur Begründung von Lohnforderungen.

Regelmäßig geht es an dem Bevölkerungswachstum, deren Einkommen nicht einfach als Arbeitslohn, wenigstens nicht als Lohn im eigentlichen engeren Sinne des Wortes angesehen werden kann: Beamten, Kleinbürgern verschiedenster Art, den Angehörigen liberaler Berufe (Gelehrten, Schriftstellern, Ärzten, Rechtsanwältinnen) mit oder ohne festere beamtenmäßige Stellung. Kein Wunder, daß solche Statistiken längst über den Rahmen einer bloß akademischen Frage hinausgewachsen sind, sondern in der ganzen Geschäftswelt und Verwaltung, in den Parlamenten, in der Presse bereits eine große Rolle spielen. Der Verein für Sozialpolitik beschäftigt beispielsweise eine Erhebung über die Entwicklung der Preise in den letzten zwanzig Jahren vorzunehmen; er hat sich den Bestand des Deutschen Statistischen Reichsanwaltes gefordert, das mit den statistischen Ämtern anderer Länder in Beziehungen steht. Auch das Internationale Statistische Institut hat das internationale Studium der Preise eingeleitet. Offizielle Berichte haben die Regierungen der Vereinigten Staaten (durch den Senat), der Staat Massachusetts, Kanada, die französische und englische Regierung veröffentlicht; in anderen Ländern, zum Beispiel in Indien, werden solche Erhebungen geplant.

Eine sehr verdienstvolle Abhandlung in dem eben erschienenen Doppelheft von Dr. Heinrich Brauns „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ (Preissteigerung und Reallohnpolitik) von Prof. Stephan Bauer-Basel und Prof. Irving Fisher-Amerika) legt nun näher dar, wie wenig befriedigend die statistischen Aufläufe bisher ausgefallen sind, und vor allem, wie ihnen jede Einheitlichkeit fehlt, ohne die Vergleiche und Untersuchungen zwischen Schutzzoll- und Freihandelsländern, zwischen künstlichen und natürlichen Preisursachen, zwischen vergangener und gegenwärtiger Kaufkraft des Geldes oder des Einkommens vollkommen in der Luft schweben bleiben oder doch in ihrer Beweisstärke gegen Andersdenkende ganz wesentlich verlieren.

Gewisse Grundtatsachen bestritten allerdings kaum jemand noch. Das durchschnittliche Wiederanstehen der Preise, nach der etwa von 1874 bis 1895 dauernden Epoche sinkender Preise, hält die Statistik seit dem Jahre 1896 für festgestellt. Internationale Untersuchungen machen sich dabei deutlich in Einzelheiten bemerkbar; die Grundrichtung ist jedoch überall unverkennbar die gleiche. Am stärksten ist der Preissteigerungsgrad wahrnehmbar in England, am höchsten vielleicht in den Vereinigten Staaten und Australien. Allgemein, aber vor allem gerade in Amerika, dem einstigen unvergleichlichen agrarischen Ueberfluß- und Ausfuhrland, sind vor allem die Hauptprodukte der Landwirtschaft und besonders die Viehpreise rapid emporgegangen. Der Großhandel mit seinen festen Warengruppen und Preisnotierungen gestattet für die Einzelwaren noch leidliche Vergleiche von Jahr zu Jahr, von Land zu Land. Eine ziemliche Willkür und Verwirrung entsteht schon bei dem an sich unentbehrlichen Operieren mit Indexpreisen: das heißt, mit zusammenfassenden Einheitsziffern für Gruppen von Waren. In Amerika, in England, in Frankreich, in Deutschland hat man die Grundlagen dieser Gruppenvergleiche ganz verschieden gewählt. Dann kommt das schwierige Gebiet der Beobachtung der Kleinhandelspreise, die für den wirklichen persönlichen Konsum der Massen selbstverständlich ausschlaggebend sind wie alle Großhandelspreise. Wie die Ursachen der Großhandelspreissteigerung fort, werden sie fühlbar abgemildert auf den Detailhandel? Steigt der Detailpreis infolge der Kosten, die mit der Lieferung bestimmter Qualitäten verbunden sind, infolge technischer Rückständigkeit der Verarbeitungsgewerbe oder infolge des stärkeren Auftretens von Zwischenhandelsgegewinnen? Mit diesen Fragen berührt man das Gebiet der Ur-

sachenforschung. Woher rührt die Preissteigerung einmal der Großhandels-, dann der Detailpreise?

Die Statistik ausschließlich kann viele dieser Fragen nicht endgültig lösen, aber sie kann eine Menge irriger Vermutungen zerstören und den Blick schärfer auf bestimmte Ursachen hinlenken. Wären zum Beispiel die Lohnsteigerungen der letzten Jahre von starker Mitwirkung bei der Preissteigerung der Arbeitszeugnisse, so müßte die Steigerung gerade von den Produktionspreisen der Industrien ausgegangen sein, also von Buchdruckern, Bauarbeitern, Metallarbeitern; „davon ist keine Rede; ebensowenig haben die Landarbeiter solche Lohnsteigerungen erzielt, daß aus ihnen die Höhe der Fleischpreise erklärt werden könnte.“

Fehlen aber bei den Preisen noch häufig zweckentsprechende, das heißt exakte Angaben, so gilt dies in noch höherem Maße von den Löhnen. Schon das britische Handelsamt schlug deshalb im Vorjahre eine Einigung der Arbeitsämter und arbeitsstatistischen Abteilungen der verschiedenen Länder auf eine gemeinsame Erhebungsmethode vor. Eine Fortspinnung dieses Gedankens ist die vorliegende Denkschrift, die schließlich die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Lebenskosten mit folgenden Aufgaben empfiehlt:

1. alle verfügbaren Tatsachen der Aenderung der Löhne, der Ausgabenhöhe und des Preisstandes in der ganzen Welt zu sammeln und darüber vergleichende Uebersichten zu liefern;
2. den Nachweis der Hauptursachen dieser Wandlungen und der nationalen Unterschiede in ihnen zu erbringen;
3. über die Möglichkeit der Abhilfe Bericht zu erstatten.

Eine solche Kommission müßte, um wirksam und auf Grund hinlänglicher Mittel arbeiten zu können, nicht nur amtlich, sondern auch international sein, denn ein Staat allein könne eine so allumfassende Welterschauung, wie die ständige Preissteigerung ebensowenig genügend beobachten, wie etwa die Bewohner eines Seebades die Allgemeinercheinungen von Ebbe und Flut. „Bedenkt man den enormen Umfang des Problems, seine Bedeutung für hunderte Millionen menschlicher Wesen, das weltumspannende Interesse an diesen Fragen, und die unendliche Tatsache, daß viele Sachkenner eine weitere Preissteigerung in der Zukunft vorherzusehen, dann dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Einsetzung der hier vorgeschlagenen Kommission der ernstesten Bemühungen des Gemeinwerts aller Länder würdig ist.“ Auch die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen würden einen solchen Fortschritt der amtlichen Statistik nur mit Freuden begrüßen können.

Berlin, 26. Februar 1912. Max Schuppel.

Baunternehmeranmaßung.

Die Landeskommission für Bauarbeiterlohn im Königreich Sachsen hat dem Landtage eine Petition unterbreitet um Erweiterung des landesgesetzlichen Arbeiterschutzes im allgemeinen bei Bauausführungen und um Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen; die Kommission hat auch Vorschläge gemacht, wie sie die Unfallvorschriften im speziellen gefaßt wissen will. Gegen diese Petition, die in der verflochtenen Woche im Landtage zur Verhandlung kam, haben die sächsischen Innungen des Bauhandwerks sächsischer und reußischer Bauinnungen dem Landtage eine Gegenpetition unterbreitet, worin gebeten wird, das Gesetz um Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen abzulehnen, sofern jedoch die Anstellung von Unfallverhütungsvorschriften in das Bereich der Erwägungen gezogen werden sollte, sich die von den sächsischen Baugewerkschaftsgenossenschaften aufgestellten Unfallverhütungsvorschriften als Vorschlag dienen zu lassen.

In der Begründung der Innungspetition heißt es, die allgemeine Forderung nach sanitärem Schutz der auf Bauten beschäftigten Arbeiter sei von der Regierung durch das allgemeine Baugesetz in genügender Weise erfüllt. Jedenfalls seien Arbeiterkontrolleure nicht geeignet, Mängel im sanitären Arbeiterschutz zu erkennen. Die Arbeiterkontrolleure seien zu diesem Zwecke aber auch überflüssig, weil die Polizeibehörden die nötige Kontrolle ausüben. Die Petition muß auch „ganz energig“ der Ansicht entgegengetreten, daß Arbeiterkontrolleure Unfallgefahren besser vorbeugen in der Lage seien, als technisch vorgebildete Kontrolleure. „Die sächsische Baugewerkschaftsgenossenschaft ist auf dem Gebiete der Unfallverhütung fortgesetzt tätig gewesen, indem sie nicht nur Unfallverhütungsvorschriften erlassen hat, sondern diese Vorschriften den Zeitverhältnissen und den technischen Neuerungen entsprechend immer wieder verändert hat und auch für Aufsicht und Ueberwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge trägt und die Aufsichtsführung weiter auszubauen fortgesetzt bemüht ist.“ Die Behauptung der Landeskommission für Bauarbeiterlohn, daß die Zahl

der Unfälle in Sachsen wesentlich gestiegen sei, wird als unrichtig abgewiesen. Es wird aber auch den geforderten Arbeiterkontrolleuren die Fähigkeit abgesprochen, Unfallgefahren besser erkennen zu können als technisch vorgebildete Beamte. Der ganze Unternehmerhochmut aber spricht aus folgenden Sätzen der Petition:

Weiter ist auch darauf hingewiesen, daß, sofern behördlich angestellte Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen die Bauten zu revidieren haben, der Bauausführende und dessen Bevollmächtigter in eine untergeordnete Stellung diesen Kontrolleuren gegenüber kommt und die Anordnungen derselben zu befolgen hat, ohne daß ihm die gesetzliche Verantwortung für seine Handlung, gleichviel, ob sie etwa unter dem Drucke des Kontrolleurs erfolgte, abgenommen wird.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß aus technischen Gründen die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen nicht erforderlich ist. In wirtschaftlicher und politischer Beziehung bildet die Anstellung von dergleichen Kontrolleuren eine direkte Gefahr.

In wirtschaftlicher Beziehung insofern, als die Disziplin auf den Bauten durch den Einfluß der Gewerkschaften ohnehin schon gelodert ist, durch die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren aber die Geneigtheit unter den Arbeitern gefördert wird, die Anordnungen der Arbeiterkontrolleure, gleichviel, ob sie von ihnen (den Arbeitern) richtig erfaßt sind, den Anordnungen der Bauausführenden und ihrer bevollmächtigten Vertreter voranzusetzen.

Die politische Gefahr besteht darin, daß die Bauarbeiterschaft der Gegenwart sich beinahe ausnahmslos zur Anhängerin der sozialdemokratischen Partei bekennet. Bei Anstellung der Kontrolleure kann die politische Stimmung der anzustellenden Personen nicht in Frage gezogen werden. Die erlangte Kontrolleureigenenschaft hindert die einzelnen Personen aber nicht, ihre politische Anschauung zu betätigen. Es ist deshalb unermesslich, daß die angestellten Kontrolleure auf den Bauten sich mit ihren Genossenschaftsgenossen über ihre Parteiziele fördernde Maßnahmen verständigen und auf solche Weise die angestellten Kontrolleure geradezu von der Behörde angestellte Parteimagistrate sein können.

Eine solche verlogene Darstellung durch die Unternehmerseite ist uns denn doch noch nicht zu Gesicht gekommen. Man muß nur den Mut bewahren, daß die Bauunternehmer in so frecher Weise den Landtag „anlügen“ konnten. Ueberdies hat diesen Herren Genosse Castan in der Sitzung vom 22. Februar des sächsischen Landtags den Star ordentlich gestochen.

Die Forderungen auf besseren Arbeiterschutz werden nicht mehr verschwinden, da mögen sich die Unternehmer auf den Kopf stellen.

Ortslohn nach der Reichsversicherungsordnung.

Als Maßstab für die Berechnung der Leistungen der Arbeiterversicherung und für deren Beiträge kommt nicht immer der tatsächlich erzielte Verdienst in Betracht, sondern es gibt zahlreiche Fälle, in denen ein allgemeiner durchschnittlicher Verdienst- oder Einkommensmaß angenommen wird. Es war dies unter den bisherigen Arbeiterversicherungsgeetzen schon der Fall und der allgemein festgesetzte durchschnittliche Lohnmaß war unter der Bezeichnung „ortsüblicher Tagelohn“ bekannt. In der Reichsversicherungsordnung ist diese Bezeichnung abgeändert in „Ortslohn“, hat aber die gleiche Bedeutung. Durch das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ist eine Neuheftung der Ortslöhne notwendig geworden. Der Ortslohn hat nicht nur eine Bedeutung für die Beiträge und Leistungen der Arbeiterversicherung, sondern wird auch in anderen Fällen zur Beurteilung und Berechnung von andern Rechten und Leistungen herangezogen.

Nach dem Stande der jetzigen Gesetzgebung kommt die Höhe des Ortslohnes in Frage bei der Festsetzung des Krankengeldes bei den Landkrankeassen, bei der Berechnung der Unfallrenten der jugendlichen Arbeiter, der Arbeiter, die weniger als den 30fachen Betrag des Ortslohnes verdienen, und bei Arbeitern, die erwerbsbeschränkt sind; ferner bei der Berechnung der Prämien zur Unfallversicherung; bei der Festsetzung der für die Witwen-, Witwen- und Waisenversicherung zu entrichtenden Beiträge usw. Neben der Arbeiterversicherung hängt die Berechnung der Familienunterstützung der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften des Heeres und der Marine von der Höhe des Ortslohnes ab. Auch für das Arbeitsvertragsrecht kommt der Ortslohn infolge in Betracht, als nach § 124b der Gewerbeordnung ein Gefelle oder Gefelle, der die Arbeit rechtswidrig verlassen hat, dem Arbeitgeber als Entschädigung für jeden Tag des Vertragsbruchs bis zu einer Woche der Betrag des Ortslohnes als Vertragsstrafe zu bezahlen hat. Der gleiche Betrag hat auch der Arbeitgeber dem Gefellen oder Gefellen zu bezahlen, den er widerrechtlich entlassen hat.

Von der Entwicklung des Bauwesens.

II.

Die Baukunst der Griechen.

Zu unvergleichlicher Schönheit wurde die Baukunst im letzten Jahrtausend vor unsrer Zeitrechnung von den kunstgeisterteren und schönheitskranken Hellenen entwickelt, einem Völkertamm, der damals die heutige Halbinsel Griechenland mit den sie umgebenden Inseln im Jonischen und Ägäischen Meer bewohnte und der von allen Völkern des Altertums die weitaus höchste Stufe der Kultur erklimmte. Schon am Anfang des zweiten Jahrtausends vor Christi hatte er sich von dem großen indoeuropäischen Völkertamm in den Donauländern abgezweigt und war, in viele kleine Stämme zerplittert, immer weiter nach dem Süden der Halbinsel vorgezogen. Schon die ältesten griechischen Stämme, die sich zunächst in den Küstendörfern und in den aus dem Schlamme der Gebirgsbäche gebildeten fruchtbaren Ebenen festsetzten, errichteten große Deich- und Kanalbauten und machten weite Strecken des Landes urbar. Als sie dann von den nachfolgenden Stämmen unter harten Kämpfen vertrieben wurden, wanderten sie zum Teil auf die zahlreichen umliegenden Inseln aus und besiedelten später sogar die West- und Südwestküste Kleinasiens, die Nordküste Afrikas und die Südküste Italiens. Ueberall, wohin sie kamen, erwuchsen aus ihren Niederlassungen feste Plätze, die mit der Zeit zu stark besetzten Burgen und blühenden Städten wurden.

Als die ältesten, heute noch nachweisbaren Bauwerke auf griechischem Boden werden die uralten Königsburgen Tiryns und Mykenä angesehen, die noch aus der griechischen Mythen- oder Heroenzeit stammen und die einst die Herrscherorte der mächtigsten griechischen Könige waren. Sie haben noch nichts von der späteren klassischen Schönheit der griechischen Baukunst an sich, und insbesondere fehlt ihnen noch das hauptsächlichste Merkmal der griechischen Baukunst: die schön aussehende und tragende Säule. Vermutlich sind sie zu einer Zeit entstanden, wo man eben anfang, die ersten primitiven Werkzeuge aus Eisen zu schmieden, und wo den Griechen die Technik der Steinhauerkunst noch so gut wie unbekannt war. Distorisches Interesse bieten aber ihre gewaltigen Befestigungsmauern, die sogenannten zyklopischen Mauern, die in Tiryns aus 80 bis 200 Zentner schweren, kaum bearbeiteten Steinblöcken aus so riesiger Größe aufgetürmt sind, daß die späteren Griechen ihren

Bau den mit gewaltiger Kraft ausgestatteten, sagenhaften Zyklopen zugeschrieben. Etwas regelmäßiger und kunstvoller ist schon das Bergschloß Mykenä gebaut, das neben den zyklopischen Mauern auch sorgfältig aufeinandergepaßte Steinblöcke hat. Hier befindet sich auch das weltberühmte Löwentor von Mykenä, über dessen aus einem Stein bestehenden 800 Zentner schweren Türsturz sich das älteste, heute noch nachweisbare Denkmal der griechischen Bildhauerei — zwei gegen eine Säule ansteigende Löwen — befindet. Aus der Tatsache, daß die Erbauer dieser uralten Königsburgen ihre Untertanen zwingen konnten, die gewaltigen in diese Burgen verbaute Steinblöcke — die Bodenplatte im Badeszimmer des Bergschlosses Mykenä wiegt 400 Zentner, ein Stein am Schachhaus des Atreus sogar 2400 Zentner — aus den Steindrüben herbeizuschaffen und zusammenzuführen, ist zu schließen, daß sie eine nicht minder deponitische Gewalt über sie besaßen haben müssen, als sie die ägyptischen Pharaonen und die Herrscher der asiatischen Großstaaten besaßen. Tatsächlich hatte denn auch die Kultur der ältesten Griechen mit der Kultur jener Großstaaten manche Ähnlichkeit, und man nimmt wohl mit Recht an, daß den Griechen diese Kultur durch die handeltreibenden Phönizier vermittelt worden ist, durch die sie auch die Baukunst jener älteren Völker kennen gelernt haben dürften.

Die eigentliche Entwicklung des griechischen Bauwesens zur Baukunst begann etwa um 1000 v. Chr., nachdem sich die von den Jlyrern aus Mittelgriechenland vertriebenen Dorer in Südgriechenland festgesetzt und ihrerseits die früher dort wohnhaften Jonier zum Teil nach den Inseln im Ägäischen Meer und nach Kleinasien verdrängt hatten, wo diese bald eine Anzahl Städte gründeten und später zu großer Macht und Kultur kamen. Die Griechen hatten zwar nie ein gemeinsames Staatswesen im politischen Sinne; ja! stets lagen die einzelnen Stämme zur Erringung der Vormacht miteinander im Krieg. Aber in den gemeinsamen Kämpfen mit den großen Mächten des Orients gewannen sie doch das Gefühl der nationalen Einheit, und in der Religion hatten sie ein alle Hellenen umschlingendes Band und eine gemeinsame Grundlage für ihre Kultur. Im Götterkult fanden sich alle Griechen zusammen. Zu Ehren der Götter errichtete man gemeinsame Tempel und feierte gemeinsame Feste, und da die Griechen mehr Götter hatten als irgend ein andres Volk, so ist es ganz natürlich, daß die Religion in der Baukunst der Griechen eine größere Rolle spielte als bei irgendeinem andern Volk. Für alle die zahlreichen höheren und niederen Götter, in denen die verschiedensten Naturkräfte personifiziert waren und die man sich zum Teil als Menschen von vollendeter Schönheit vorstellte,

nutzten Wohnungen geschaffen werden, die, wie die Götter selbst, im Ganzen und in den einzelnen Teilen von vollendeter Harmonie und Schönheit waren. Und so wurden denn jene einfachen und doch so herrlichen Säulentempel geschaffen, die heute noch als das Schönste und Edelste bewundert werden, das die Baukunst jemals hervorgebracht hat.

Der ursprüngliche der drei in Griechenland ausgebildeten Baustile ist der, wie man annimmt, aus dem Holzbau entwickelte dorische Stil, der mit keinem der früheren Baustile mehr Ähnlichkeit hat. Er war in den von den dorischen Spartanern beeinflussten Gebieten Westgriechenlands, aber auch in dem von Joniern bewohnten Attika schon im sechsten Jahrhundert vor Christi vollständig ausgebildet. Sein Prinzip ist die gerade Linie mit der vollen Harmonie zwischen strebenden Kräften und tragenden Lasten, wobei jede Einseitigkeit und Prunksucht vermieden ist. Da der griechische Tempel nicht als Versammlungsort für die Gläubigen, sondern nur als Wohnraum für die Götter bestimmt war, so wurde er zumeist in mäßiger Größe gehalten. Auf einem gewöhnlich drei Stufen hohen massiven Unterbau erhebt sich in der Mitte das Naos, der eigentliche Wohnraum des Gottes oder der Göttin, um das sich, ganz oder zum Teil, ein einfacher oder doppelter Säulengang zieht. Auf den aus Sandstein und später aus Marmor bestehenden, senkrecht kannelierten und leicht geschwellten Säulen ruht der verbindende Architrav mit dem Steingebälk und dem Kranzgesims sowie die schräg ansteigende Dachkonstruktion. Beim dorischen Tempel ist jeder einzelne Teil des Bauwerks zum Ganzen so sorgfältig abgewogen, in jedem einzelnen Teil kommt die technische Funktion und das Verhältnis zum Ganzen so klar zum Ausdruck, daß uns das Ganze wie ein vollendet künstlerischer Organismus, wie ein vollkommen durchgebildetes plastisches Werk erscheint. Da ist nichts vorgefaßt, ist nichts, was nicht notwendig zum Ganzen gehört. Wo später die großen griechischen Bildhauer ihre herrlichen plastischen Schöpfungen anbrachten, da sind diese so mit den Bauwerken verschmolzen, daß sie deren Schönheit nur noch außerordentlich steigern.

Etwas später als die Dorer schufen die kleinasiatischen Jonier den nach ihnen benannten jonischen Stil. Er weicht, alles in allem genommen, nicht allzu sehr von dem dorischen ab. Nur die Säulen sind etwas schlanker und das ganze Bauwerk ist etwas anmutiger, graziöser und zierlicher. Am stärksten weicht das anscheinend aus afrikanischen Vorbildern entwickelte jonische Kapitäl von dem dorischen ab. Es hat sogenannte Kolonnen, die sich, wie aus elastischen Stoff geformt, aus der das Kapitäl abschließenden Unterlagsplatte

Nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen wurde der Ortslohn nach Anhören der Gemeindebehörde und nach dem Vortrager der beteiligten Arbeitgeber und der Versicherer Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden war, durch die höhere Verwaltungsbehörde festgesetzt, und zwar in der Weise, daß für männliche und weibliche Arbeiter unter und über 16 Jahren besondere Sätze normiert worden sind. Diese ortsüblichen Tagelöhne haben in den meisten Fällen den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprochen; es kann ruhig behauptet werden, daß sie künstlich zu niedrig gehalten worden sind. Es hat sich auch überall gezeigt, daß sich die Unternehmer mit allen Mitteln gegen die Erhöhung der ortsüblichen Sätze gewendet haben, weil sie von den Erhöhungen nur Nachteile in Form von höheren Beiträgen zur Arbeiterversicherung zu erwarten hatten. Die von den Arbeitern, den Versicherten und ihren Vertretern abgegebenen Äußerungen sind meistens negiert worden, weil auch die Gemeindebehörden vielfach Anlaß nahmen, einer, wenn auch berechtigten Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes, der in der Regel den Anfangslohn der Gemeindearbeiter gebildet hat, sich in den Weg zu stellen.

Die Bestimmungen über die Festsetzung des Ortslohnes sind nun von Grund aus umgestaltet. Es werden in Zukunft die Ortslöhne für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und von über 21 Jahren festgesetzt, so daß an Stelle der bisher bestehenden vier Sätze nun sechs Sätze treten. Es können sogar noch weitere Auscheidungen getroffen werden zwischen „jungen Leuten“ von 14 Jahren an und Kindern unter 14 Jahren. Der Ortslohn wird durch das Oberversicherungsamt festgesetzt und öffentlich bekannt gemacht. Vor der Festsetzung werden die Vorkände der beteiligten Versicherungsanstalten gehört, das zuständige Versicherungsamt hat nach Anhören der Gemeindebehörden und der Vorkände der Krankenkassen eine gutachtliche Äußerung abzugeben. Der Ortslohn wird einheitlich nach dem Durchschnitt für den ganzen Bezirk des Versicherungsamtes festgesetzt; es sind aber Ausnahmen zulässig, wenn die Lohnhöhe in einzelnen Ortschaften oder zwischen Stadt und Land erhebliche Unterschiede aufweist. Die Neuregelung der Ortslöhne wird eine der ersten Aufgaben der neu zu errichtenden Oberversicherungsämter sein. Die erste Festsetzung hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1914, von da ab erfolgt eine Nachprüfung immer nach vier Jahren. Änderungen können auch während dieser Zeit vorgenommen werden, wenn sich die Lohnverhältnisse wesentlich ändern.

Der Ortslohn hat für die Versicherten und für die Arbeiterschaft im allgemeinen eine sehr hohe Bedeutung und bei der vielseitigen Anwendbarkeit des Ortslohnes ist es für die Versicherten nicht gleichgültig, auf welchen Betrag der Ortslohn festgesetzt wird. Bei den Reichstagsverhandlungen haben unsere Genossen beantragt, daß der Ortslohn für männliche Personen über 21 Jahre nicht unter 2 Mark und für weibliche Personen gleichen Alters nicht unter 1 Mark betragen darf. Es wurde weiter beantragt, daß neben den Krankenkassen die Ausschüsse der Gewerbeämter und, wo solche nicht bestehen, die Vertreter der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationsstellen gehört werden sollen. Beide Anträge wurden aber abgelehnt. Wenn auch die Fassung, die jetzt Gesetzeskraft erlangt hat, unsern Anforderungen nicht entspricht, so kann aus diesem durch die Neugestaltung der Bestimmungen den tatsächlichen Verhältnissen doch besser Rechnung getragen werden wie bisher. Es haben nicht nur die Versicherten ein Interesse an der Festsetzung möglichst hoher Sätze, sondern auch die Versicherungsanstalten und die Krankenkassen, weil sie dadurch höhere Beiträge einheben und dementsprechend auch die Leistungen erhöhen können. Die Arbeiter erhalten durch höhere Sätze, was sowohl bei der Krankenversicherung zum Teil und auch bei der Invalidenversicherung in Betracht kommt. Es liegt aber auch für die Gemeinden kein vernünftiger Grund vor, die Ortslöhne niedriger zu halten, als wie sie in Wirklichkeit feststehen, weil die Gemeinden durch die Leistungen der Arbeiterversicherung von der bestehenden Armenlasten befreit werden, und dies wird in um so höherem Maße der Fall sein, je höher die Leistungen der Arbeiterversicherung sind.

Da die Neusetzung der Ortslöhne in der ersten Hälfte des kommenden Jahres vorgenommen werden muß, werden die Versicherten Veranlassung nehmen müssen, die richtige Höhe des Ortslohnes mit ernstem Interesse zu verfolgen und in den Vorkänden der Versicherungsanstalten und Krankenkassen, sowie in den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern für die möglichst hohe Ansetzung der Ortslöhne einzutreten.

Ein Scharfmacherurteil über die Gewerkschafter im Reichstag.

Dr. Tänzler, der neben dem bekannten industriellen Doktor Eichenbarth, Alexander Tille, keine Gelegenheit verläßt, die schärfsten Gegenstände zwischen Arbeitern und Unternehmern für seine persönlichen Siebbehörden auszufächeln, findet auch an der Wahl von etwa drei Dutzend Gewerkschaftsvertretern in den neuen Reichstag sehr viel Bitterböses anzufügen. Er schreibt nämlich in seinem Leitorgan „Der Arbeitgeber“: Diese vierzig Vertreter der gewerkschaftlichen Ideen und Interessen sind während der ganzen Dauer der Legislaturperiode, fünf volle Jahre lang Tag für Tag in der Bude, von der Tribüne des Reichstags aus zu Gehör des ganzen

schneidensmäßig nach unten aufrollen und dadurch den Druck andeuten, der auf der Säule lastet und der diese gewissermaßen oben auseinanderdrängt. Dem dorischen Kapitäl fehlen diese Voluten; es hat an ihrer Stelle unter der Unterlagsplatte eine wulstige Ausbuchtung, die den auf der Säule lastenden Druck gleichfalls sehr gut zum Ausdruck bringt. Auch hat die jonische Säule einen aus mehreren Nischen und Rundböden sowie einem Wulst bestehenden Säulenschaft, während die dorische Säule ohne Fuß in dem Unterbau ruht. Den glänzenden Aufschwung nahm die griechische Baukunst nach dem um 500 v. Chr. begonnenen und siegreich verlaufenen Perserkriege, als sich das demokratische Athen an die Spitze der griechischen Stämme stellte und unter der Leitung des genialen Staatsmannes Perikles und der Mitarbeit des ganzen Volkes das sogenannte „goldene Zeitalter“ anbrach. Damals wirkten Künstler wie Phidias und Anaximandros, Pheidias und Kallikrates, und damals entstand jene wunderbare Kultur- und Kunstblüte, deren Produkte den höchsten beizugähnen sind, das der menschliche Geist jemals erschaffen hat. Neben der dorischen Säule, die seit der Verbesserung der Werkzeuge und der Verwendung von Marmor schlanke gebildet und deren Einzelheiten verfeinert wurden, fand die elegantere jonische und die aus beiden hervorgegangene gerliche korinthische Säule mit ihrem Kapitäl aus Akanthusblättern allgemeinen Eingang. Aus dieser Zeit stammen die großartigen Denkmäler auf der Akropolis von Athen: der Parthenon, die Propyläen, der Theseustempel und der Tempel des olympischen Zeus, das der göttlichen Athene geweihte Erechtheion und viele herrliche Tempel und Altäre an anderen Orten. Es ist unmöglich, im Rahmen eines Artikels auf weitere Einzelheiten der griechischen Baukunst oder gar einzelner Bauwerke einzugehen und es mag nur noch bemerkt werden, daß dieses geistig und politisch freie Volk ebenso wie die Baukunst auch die ihr verwandte Plastik und Malerei zu höchster Vollendung brachte, bis es, geschwächt durch die fortgesetzten Bürgerkriege, im Jahre 338 unter macedonische Herrschaft kam. Mit diesem Zeitpunkt war der Höhepunkt der hellenischen Kultur überschritten, und wenn auch in den folgenden Jahrhunderten noch einige prächtige Tempel und Altäre gebaut wurden, so war doch der Verfall der eigentlich griechischen Baukunst nicht mehr aufzuhalten. Unter orientalischen Einflüssen wurde sie immer mehr in den Dienst der Herrscher gestellt, an deren Prunkpalästen sie bald zu rein äußerer Prachtentfaltung ausartete. Bei der Eroberung Griechenlands durch die Römer (146 v. Chr.) war es mit der national-hellenischen Baukunst zu Ende.

deutschen Volkes ihre Ideen zu propagieren, die Interessen der Arbeiterverbände unmittelbar zu vertreten und von dieser weithin sichtbaren und hörbaren Stelle aus die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände zu bekämpfen. Und die Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitgeberverbände, wo bleiben die? Nicht ein einziger Vertreter eines Arbeitgeberverbandes kann den vierzig Arbeitervertretern auf der Tribüne des Reichstags gegenüberstehen, nicht ein einziger Vertreter der mehr als 2500 Arbeitgeberverbände vermag unmittelbar gewerkschaftlichen Interpellationen, Anfragen, Behauptungen und Anträgen entgegenzutreten, kein einziger gewerkschaftlicher Gesetzesvorschlag gegenüber sofort die doch nicht minder zu schützenden Interessen der vereinigten Arbeitgeber gegenüberzustellen. Den Gewerkschaften stehen sofort vierzig eigene Vertreter zur Verfügung, die Arbeitgeberverbände müssen sich des Rundes einer Mittelperson bedienen; nicht nur, wenn sie ihre Interessen auch einmal zu vertreten den kühnen Wunsch haben sollten, sondern auch, wenn sie gewerkschaftlichen Angriffen begegnen und gewerkschaftlichen Unrichtigkeiten und Verdrehungen entgegenzutreten wollen. Daß solcher mittelbaren, gewöhnlich auch zeitlich stark nachsinnenden Verteidigung unter dem frischen unmittelbaren Eindruck des Angriffs keine große Wirkung auf die große Masse der Unorientierten beschleichen ist, ergibt sich von selbst.

Diese Darstellung ist weiter nichts als eine bewußte Verfälschung der öffentlichen Meinung. Denn auch im alten Reichstage war die Zahl der Gewerkschaftsvertreter nicht viel geringer und die Zahl der „offiziellen“ Unternehmervertreter nicht groß. Trotzdem war es aber den Vertretern der Arbeiterschaft nicht möglich, die Gesetzgebung wesentlich zugunsten der Arbeiterklasse zu beeinflussen, weil sich die Mehrheit des Reichstags in der Hauptsache aus geborenen Vertretern des Unternehmertums zusammensetzte. Daran ist leider auch bei der Zusammenlegung des neuen Reichstags noch nicht viel geändert.

Das ärgert ja die Unternehmer mächtig, daß so viele Gewerkschaftler dem Reichstage angehören. Wenn an deren Stelle Kapläne, Grafen, Landräte und Rentiers sitzen würden, kein Wort der Einwendung würde man hören.

Korrespondenzen.

Dresden. In der am 21. Februar stattgefundenen Generalversammlung gab Kollege Seidel den Jahresbericht. Im allgemeinen waren die Arbeitsverhältnisse im Anfang 1911 in allen Branchen des Gebietes gut und hielten auch das Jahr über an. Nur im Sandsteinmeißelgewerbe lag die Arbeit Anfang Herbst stark und wurden viele Kollegen arbeitslos. Die Konjunktur hat sich bis heute noch nicht gebessert, denn vorläufig sind noch 33 Prozent Arbeitslose zu verzeichnen. Ohne Kampf wurden im Vorjahr Tarife bei den Marmor- und Granitarbeitern verlängert, bei letzteren mit einigen Verbesserungen, während bei den Grabsteinarbeitern ein Tarif erstmalig abgeschlossen wurde. Die Verhandlungen über den Normaltarif waren im Vorjahr nicht zum Abschluss zu bringen und ist den Kollegen der Ausgang im Anfang dieses Jahres bekannt. Obgleich im Berichtsjahr 500 Eintrittsmarken vorläufig worden sind, ist doch keine merkliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Den Rassenbericht erstattete Kollege Ernst, die Gesamteinahme betrug 84.525,25 Mark, die Ausgabe 50.458,37 Mark. Ein Hilfskassierer wurde wegen Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß sich die Verwaltungsstellen durch die Verschmelzung enorm anpaß verringert hätten, und sollen die Hilfskassierer in Wegfall kommen, beiden Vertrauensleuten wurde Entlassung erteilt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Dierke, und werden beide Vertreter, die Kollegen Seidel und Henke, wiedergewählt. Bei der Wahl der Vertrauensmänner wird von verschiedenen Seiten geglaubt, daß die Arbeit von einem Mann verrichtet werden könnte, diesen Ansichten wird entgegengetreten, es wurde angestreift, daß Dresden wohl einen Vertrauensmann hat, der jedoch nur Sonnabends angestreift ist, die übrigen Tage nicht. Die Wahl ergibt für Seidel 38, für Ernst 31, für Henke 11 Stimmen (ein Zweifel, wie schlecht die Versammlung besetzt war. In die Verwaltung wurden die Kollegen Eißner, Müller und Schleifer gewählt, während als Delegierte zur Konferenz die Kollegen Seidel und Richter bestimmt wurden.

Gera. Der Streik der Granit- und Marmorarbeiter bei der Firma Korb u. Töpelmann dauert unverändert fort. Mehrere Versuche seitens des Zentralvorstandes, die Angelegenheit durch eine Vereinbarung zu erledigen, scheiterten an den unglücklich schändlichen Bedingungen, unter denen die Firmenvorstände glauben, einen Kampf zu beenden, an dem auch sie ein gerüttelt Maß von Schuld tragen. Der Streik dauert nun bereits 12 Wochen, 24 Kollegen traten in den Streik. Selber gelang es der Firma, für die Marmorbearbeitung ein Sammelarium von Elementen zu ziehen, die sich im Schwelge ihres Angehanges bemäßen, das Notwendige an Roharbeit „fertig“ zu stellen. Einige Sandsteinmeißler der Firma sind nun auch „Granitarbeiter“ geworden, und so wird der Seigen gewahrt, als wenn der Betrieb in alter Weise funktioniert. Wir wissen es besser, wie es aussieht und können der Firma diesen Zustand, denn sie hat ihn gewollt. Vielleicht haben die Firmenvorstände schon längst eingesehen, daß die alten Arbeiter doch „bessere Leute“ sind, allerdings Geloten wollten diese nicht sein, die sich je nach Saune der verschiedenen Chefs alles bieten lassen müssen. Der Maschinenist im Betrieb war Chef III, dessen Dolmetschen sind schon früher einmal im „Steinarbeiter“ besprochen. Im Laufe der letzten Jahre hatte die Firma, wie es auch anderwärts vorkommt, verschiedene Arbeiter (Dauer und Schleifer) entlassen, weil sie mit deren Leistungen nicht zufrieden waren. Alle diese Elemente sind jetzt zu den Flechtböden zurückgekehrt resp. geholt worden. Unter anderem auch der frühere Schleifmeister Kreuzer, der aus Bensheim oder Binsensfeld stammen will. Dieser war so leistungsfähig, daß er gegangen wurde. Jetzt ist er im Betrieb, wie es auf polnisch heißt, „bestes Mensch“. Auch der Schleifer Petermann aus Erfurt hat sich dem Bunde angefügt. Es sind glücklich 13 zusammen, die vom Unternehmer verhaftet, dagegen von Privatleuten (Bermieter, Restaurants), die solche Elemente richtig bewerten, an die frühe Luft befreit werden. Am 24. Februar unternahm nun der Kollege Eisebold nochmals den Versuch, eine Verständigung zu erzielen. Das Resultat war folgender Brief, den wir unsern Mitgliebern doch gern zur Kenntnis bringen wollen:

„Wir teilen Ihnen mit, daß wir zurzeit weitere Leute nicht unbedingt benötigen, da wir mit unsern derzeitigen Leuten auskommen und zufrieden sind; falls Sie aber die Sperre sofort aufheben und das Geschäft sich hebt, könnten wir in Kürze nur unter den alten Bedingungen zwei Schleifer und zwei Steinmeißler einstellen, später nach Bedarf mehr. Betreffs Tarifabschluß werden wir mit unsern Leuten ohne Mittelsperson verhandeln, und, wie Ihnen bereits mehrmals mitgeteilt, können und werden wir die Leute, die uns in der Krise geholfen haben, auf keinen Fall entlassen.“

Die Streikenden lehnten dieses „Entgegenkommen“ selbstredend ab. So steht die Angelegenheit denn doch nicht, daß die Firma vielleicht denkt, die Streikenden müßten zu Kreuze kriechen. Ein weiteres Eingehen auf den Brief der Firma halten wir nicht für notwendig, da ist wirklich Kommentar überflüssig. Die Streikenden haben Aussicht, alle anderweitig unterzukommen, denn außer der Firma Korb u. Töpelmann wird auch „Drot geboten“. Der Betrieb ist selbstredend für Verbandsmitglieder gesperrt und alle Kollegen können uns insofern unterstützen, daß sie Gera überhaupt meiden, auch die hiesigen Grabsteingehäufte, die an Grund der schwarzen Kiste keinen Streikenden einstellen wollen, dürfen nicht „belehrt“ werden. Vielleicht kann diese Meißler auch die Firma Korb u. Töpelmann aushelfen. Meidet also Gera!

Hamburg II. Unsere Monatsversammlung tagte am 21. Februar mit der Tagesordnung: 1. Kartellbericht; 2. Anträge zum Goutag und Wahl eines Delegierten; 3. Verschiedenes. Zunächst gab Kollege

Büttner den Kartellbericht. Hierauf wurde Melchior als Delegierter zum Goutag einstimmig gewählt. Folgender Antrag des Vorstandes, daß überall da, wo die Zentrale des Streiks und Lohnbewegungen die Genehmigung vorfragen will, ein Vertreter der betreffenden Ortsverwaltung gehört werden muß, fand einstimmige Annahme. Ferner wurde der Delegierte beauftragt, zur Konferenz dahin zu wirken, um die Zentrale zu veranlassen, daß Artikel im „Steinarbeiter“ veröffentlicht werden zur Propaganda einer Verschmelzung mit andern Verbänden. Zum Punkt Verschiedenes wurde, um eine höhere Arbeitslosenkontrolle zu ermöglichen, beschlossen, daß arbeitslose Kollegen, die noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich jeden Sonnabend zum Zahlabend zu melden haben, außerdem einmal in der Woche das leere Feld im Beitragsbuch bei der Stempelstelle stampeln lassen müssen. Die Arbeitslosenmarken werden den Kollegen aus Kosten der Arbeitslosenunterstützungskasse geliefert. Für nicht gestempelte Felder sind volle Marken zu kleben. Hierauf war Schluß der gut besuchten Versammlung.

Leipzig. Am 21. Februar fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorstand gab bekannt, das am 10. März in Leipzig die diesjährige Konferenz stattfinden wird. Als Delegierte wurden drei Mann aus dem Vorstand vorgeschlagen, die Marmorarbeiter wählen einen Mann aus ihrer Mitte. Ueber den Normaltarif gab Kollege Henke den Schlussbericht. Der Tarif tritt am 1. März in Kraft. Das Schlichtergericht erledigen die betreffenden Meister- und Gesellenbesitzer, die den Tarif ausgearbeitet haben. Die örtliche Arbeitsordnung, einschließlich Stundenlohn, regelt der Vorstand mit den Meistern. Derselbe soll auch den Meistern das Einhalten der Bundesratsverordnung zur Pflicht machen. Mitwoges findet im Volkshaus Neuenhunde statt. Der Bericht im Steinarbeiter vom Kollegen Seidel in Dresden, daß sich die Leipziger Kollegen mit dem Ortszuschlag von 15 Prozent schon im Oktober 1911 festgelegt hätten, wurde dahingehend richtig gestellt, daß dasselbe erst in der letzten Sitzung 1912 geschehen ist. Weiter macht der Vorsitzende allen Kollegen zur Pflicht, die Leipziger Volkszeitung zu lesen, denn nur diese kann die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells wurde kritisiert, weil es die kleineren Gewerkschaften immer hinteransetzt. Im Verhältnis zur Beitragsleistung müssen sie aber dasselbe leisten, wie die großen Gewerkschaften. — Das Verhalten einiger Kollegen als Zwischenunternehmer im Veranschlagen von Kunststein- und Beton-Nacharbeiten wurde von mehreren Meistern scharf gerügt. Wenn ein Zwischenunternehmer Kollegen braucht, sollten dieselben alle Arbeiten nach den ortsüblichen Akkordlösen ausführen. Am besten wäre es, das Zwischenunternehmertum läge ganz in Wegfall, denn die Kollegen schädigen sich dadurch oft selbst und andere mit. Alle diese Arbeiten sollten nur in gerechten Betrieben und im Stundenlohn hergestellt werden. Ein diesbezüglicher Vorschlag vom Vertrauensmann fand die Zustimmung der Versammlung. Weiter wurde noch beklagt, daß noch nicht arbeitsfähige Kranke Kollegen sich während ihrer Anwesenheit nach Arbeit umsehen, auch dieses soll in Zukunft unterbleiben.

Weg. Am 11. Februar fand die diesjährige Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Der Vorsitzende Kollege Budy gab den Rassen- und Jahresbericht. Die Meißler besaßen, daß Basse und Hüger sich in besserer Ordnung befinden. Die Versammlung erließ sich mit dem Bericht einverstanden. Im Bericht über den Kollegen Schmidt den Antrag, daß Kollegen Budy für seine langjährige Tätigkeit eine Entschädigung gewährt wird. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über das Hilfskassierersystem. Die Versammlung ist sich darüber einig, daß Hilfskassierer eingestellt werden müssen, aber bei dem jetzigen Mangel an Arbeitskräften wird der Punkt bis auf weiteres verschoben. Zum Schluss erbat der Vorsitzende die Kollegen, die Beiträge pünktlicher als bisher zu entrichten und wünscht, daß er in der Agitation unterstützt und die Kollegialität besser gepflegt wird.

Witten. Am 11. Februar fand unsere Generalversammlung bei Herrn Kaufmann statt, welche gut besucht war. Im Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Rassenbericht vom 4. Dezember 1911. Nach Einnahme und Ausgabe verbleibt ein dreifacher Kassenbestand von 711,40 Mark. Die Rassenverhältnisse der Hüger und Basse in besserer Ordnung gehalten zu haben, worauf dem Kassierer Entlassung erteilt wurde. Hieran anschließend erstattete Kollege Winkler den Jahresbericht. Derselbe ließ erkennen, daß wieder ein arbeitsreiches Jahr hinter uns liegt. Die Ortsverwaltung sowie auch unsere Leitung haben voll und ganz ihre Schuldigkeit getan. Ein von Dambenhäler verfaßtes Flugblatt, welches im Frühjahr 1911 zur Verteilung gelangte, kam auch ein Heftchen des Redakteurs Stambinger führten und sämtliche Marmorarbeiter der Firma Hähnel zum Verstande. Die Kollegen hatten einsehen gelernt, daß nur die Macht der Organisation imstande sei, ihre Lage zu verbessern. Sie legten im Sommer bei genannter Firma einen Tarif vor, welcher durch verständnisvolles Entgegenkommen der Firma zugunsten der Kollegen führte. Auch an Referaten zur Aufklärung und Bildung durch Genossen Feldmann und Osterroth sind die Kollegen zu ihrem Rechte gekommen. Auch mit der gesunden Entwicklung unserer Finanzen und Mitgliederzahl können wir zufrieden sein, da wir nahe daran sind, das erste Hundert Mitglieder zu überschreiten. Durch beschafften Beschall gab die Versammlung zu erkennen, daß sie in allem befriedigt war. Hierauf kamen wir zu Punkt 2: Vorstandswahl. Aus derselben ging hervor: Paul Winkler ungenügend als Vorsitzender, Joseph Wägel wiedergewählt, als Schriftführer fungiert Buchner. Zu Punkt 3 ergriß Kollege Dambenhäler das Wort zu seinem Referat. Er schilderte in faßlicher Weise die Entwicklung der freien Gewerkschaften und der Unternehmerverbände, welche Aufgaben sich die Gewerkschaften zu stellen haben und welche Manieren sich die Unternehmerverbände zu erstreben haben. Dambenhäler gab noch beachtenswerte Fingerzeige im wirtschaftlichen Leben, speziell in Familienangelegenheiten eines Arbeiters, welche dankend entgegengenommen wurden. Als Delegierter zur Konferenz wurde Kollege Winkler gewählt. Bemerk sei noch, daß sich die Firma Thust in letzter Zeit für unsere Artikel im „Steinarbeiter“ ziemlich interessiert. Angeblich vielleicht, weil wir im letzten Bericht einige Mißstände kritisierten, dieses soll uns aber nicht im geringsten hindern, unsere Meinung auch fernherhin zum Ausdruck zu bringen.

Wiesbaden. Die Monatsversammlung am 18. Februar war von den Bau- und Grabsteinmeißlern schlecht besucht, doch vollständig waren die Marmorarbeiter vertreten. Galt es doch für sie, den Bericht der Lohnkommission über das Ergebnis der am 11. d. M. stattgefundenen Tarifverhandlung entgegenzunehmen. Diese hat einen schönen Erfolg für die Marmorarbeiter ergeben. Der abgeschlossene Tarif schließt jede Akkordarbeit aus. Die Stundenlöhne werden bis zum 1. April 1913 in Staffeln um durchschnittlich 8 Pfg. erhöht für Dauer und Schleifer. Ueberstunden werden mit 25 Prozent und Sonntagarbeit wird mit 75 Prozent vergütet. Auch sonst enthält der Tarif Vorteile. Der Tarif wurde ohne wesentliche Debatte angenommen. Da wir noch die Verpflichtung übernahmen, dafür zu sorgen, daß in unsern Nachbarstädten 50 Pf und 12 Pf die gleichen Arbeitsbedingungen erstrebt werden, sind die betreffenden Zahlstellen verständigt worden. Der Erfolg der Marmorarbeiter gab den Steinmeißlern unter Gewerkschaftlichem Anlaß, das Verhalten des Schutzverbandes der Steinhauegeschäfte Wiesbadens scharf zu kritisieren. Obwohl die Herren ihre Maßregelungstaktik bis zur Stunde durchzuführen — die Firma Jung will überhaupt ohne organisierte Steinmeißler auskommen (?) — konnten sich die betroffenen Kollegen doch Arbeit verschaffen, teils auswärts, teils in anderen Betrieben. Solange der jetzige Zustand besteht, ist kein Interesse vorhanden zur Anerkennung des vorgelegten Tarifs, der übrigens den getroffenen Vereinbarungen nicht in allen Punkten entspricht. Deswegen nun und weil eine sehr schlechte Geschäftslage hier ist, werden fremde Kollegen ermahnt, Wiesbaden zu meiden, bis die Sonne wieder in unsern Garten scheint.